Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn in der 50. Woche vom 8. Dezember bis 14. Dezember 1 Billion M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 210 Milliarden M. Einzelnummer 200 Milliarden M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261 Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261 Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 287 | Dresden, Dienstag den 11. Dezember 1923 | 34. Jahrg.

Die gefährliche Vollmacht

Um das Ermächtigungsgesetz, das am Sonnabend im Reichstage mit den Stimmen der Sozialdemokratie angenommen wurde, hat sich in der Presse eine lebhafte Diskussion entwickelt. Wir haben die Gründe, die unsre Fraktionsmehrheit zu ihrer Haltung bewogen, ausführlich dargelegt, um uns entschieden dagegen zu erklären. Die Fraktionsmehrheit kannte die starke Gegnerschaft, die im Laufe der vergangenen Woche innerhalb der Sozialdemokratie gegen das Ermächtigungsgesetz aufkam; sie hat es trotzdem angenommen und dabei dem Kabinett Marx einen größeren Dienst erwiesen als der Partei.

Mit dem Ermächtigungsgesetz wird dem Kabinett Marx die Vollmacht erteilt, ohne Befragung des Parlaments tiefeinschneidende Maßnahmen zu verfügen, sobald es das Kabinett für nötig hält. Als der Regierung Stresemann ein solches Ermächtigungsgesetz bewilligt wurde, saßen drei Sozialdemokraten in diesem Kabinett. Schon diese Blankovollmacht für Stresemann Nr. 2 war für die Sozialdemokratie ein großes Wagnis. Aber es wurde verteidigt mit der Erklärung, daß mit unserm Austritt aus der Regierungskoalition gleichzeitig auch dieses Gesetz fiele. Welche Sicherungen gegen eine volksschädliche Anwendung dieser Blankovollmacht hat die Sozialdemokratie jetzt? Keine! Die Gründe, die unsre Fraktionsmehrheit für ihre weiten Teilen der Partei unverständliche Haltung ins Feld zu führen hat, sind kurz zusammengefaßt folgende:

Wäre das Ermächtigungsgesetz abgelehnt worden, so gäbe es **erstens** Wahlen unterm Ausnahmezustand; **zweitens** könnte durch eine parlamentslose, von Wahlen durchtobte Zeit die **wirtschaftliche Lage**, die gegenwärtig einen Anlauf zur Besserung genommen hat, wiederum schwer erschüttert, die Arbeiterschaft dadurch schwer geschädigt werden; **drittens** seien erfolgversprechende Verhandlungen mit dem **Ausland** im Gange, die durch Auflösung des Parlaments getrübt werden könnten; und **viertens** wäre es der Regierung auch **ohne** Ermächtigungsgesetz möglich, nach Auflösung des Reichstags mit **Artikel 48** zu regieren, der ihr weitergehende Vollmachten gebe als das jetzt angenommene Ermächtigungsgesetz.

Jedes dieser Argumente läßt sich durch einen nicht minder schweren Einwand abtun. Verfahren wir kurz nach der Reihe: **Erstens:** Wer gibt uns die Garantie, daß im Juni des kommenden Jahres, wenn die Reichstagswahlen fällig sind, nicht auch unterm **Ausnahmezustand** gewählt werden wird?! **Zweitens:** Wieso muß sich die **wirtschaftliche Lage** durch Neuwahlen verschlechtern? Ein Wahlgang hat gewöhnlich eine Reinigung der politischen Atmosphäre zur Folge, während die Angst vor Neuwahlen die Autorität eines Staates oder eines Parlamentes derart schwächt, daß ohnehin niemand rechtes Vertrauen zu ihnen hat. **Drittens:** Warum sollten die Verhandlungen mit dem Ausland von einer Regierung nicht auch während eines Wahlkampfes weitergeführt werden können, der noch dazu eine gefestigtere Basis für eine kommende Regierung geschaffen hätte? Außerdem sind in den letzten drei Jahren die „außenpolitischen Wirkungen" schon bei so vielen politischen Streitfragen als Popanz aufgerichtet worden, daß man von vornherein die Absicht merkt und verstimmt wird. **Viertens:** Die Regiererei mit dem Artikel 48 wäre in der Stunde zu Ende gewesen, da der neue Reichstag zusammentrat, und die **Verantwortung** für das, was die Regierung Marx in dieser Zeit angerichtet hätte, trügen die Parteien, die der Regierung Marx in den Sattel verhalfen. Wer aber trägt die Verantwortung jetzt?!

Die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit erklärt: Wir gaben zwar das Ermächtigungsgesetz, doch die Verantwortung für das, was daraus entsteht, kommt über die Häupter der Regierung und der bürgerlichen Parteien. Das ist parlamentarisch betrachtet ein unmöglicher Standpunkt. Man denke sich eine Situation, in der sämtliche Parteien eines Parlaments einer Regierung zur Macht verhelfen, die Vollmachten zu beliebigen Maßnahmen erteilen und dann erklären: Die Verantwortung für das Kommende trägt niemand von uns! An **wen** soll sich in diesem Falle das **Volk** wenden? Wen soll es zur Rechenschaft ziehen? Mit dieser Methode schaltet sich ein Parlament selbst aus und jede Partei, die sich ihrer schuldig macht, bringt sich und den Parlamentarismus um das Vertrauen der Volksmassen.

Der Vorwärts — auf das naive Umfallsgestammel des **Soz. Parlamentsdienstes** wollen wir überhaupt nicht eingehen! — also der Vorwärts ringt mahnend die Hände und ersucht die Parteigenossen um eine **sachliche** Diskussion. Er fühlt wohl selbst, wie schwer es für viele von uns sein muß, angesichts solcher Entscheidungen sachlich zu bleiben. Auf dem kommenden Parteitag wird darüber geredet werden müssen, was zu tun ist, daß künftig die Reichspolitik der Fraktion nicht dauernd in solch scharfem Gegensatz zu den Grundsätzen und dem Willen eines starken Teiles der Partei steht. Wir geben nachstehend drei Stimmen wieder, deren jede deshalb interessant ist, weil sie drei verschiedenen Lagern entstammen. **Het Volk**, das Organ der holländischen Sozialdemokratie, steht seit langem auf dem gemäßigten Flügel der Internationale. Der **Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker** ist das Organ einer wahrlich nicht hyperradikalen Gewerkschaftsleitung. Und Hans v. **Gerlach** gehört zum linken Flügel der bürgerlichen Demokratie.

•

Het Volk:

„Sowohl die Parteiorgane als unsre Berichterstatter hatten allen Grund, mit Sicherheit die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes zu erwarten. Die nähere Mitteilung über die Gründe, die plötzlich zu einer Aenderung in der Haltung führten, bestärkt uns in unserm Zweifel an der Richtigkeit. Es ist der neuen Regierung geglückt, durch die Drohung mit der Auflösung des Parlaments eine nicht sehr große Mehrheit der Fraktion zu gewinnen. Und wenn im allgemeinen gesagt werden kann, daß eine Partei, die ihre Angst, vor den Wählern zu erscheinen, öffentlich zu erkennen gibt, **ihre Macht als Opposition verliert**, so gilt dies um so mehr von einer Partei, von deren Haltung das Kabinett Marx so abhängig ist als von der großen sozialdemokratischen Fraktion. Mit der erwähnten Drohung hat die Regierung die Fraktion nunmehr zum Nachgeben gebracht, und es liegt kein Grund vor, zu glauben, daß bei andern Gelegenheiten diese Waffe nicht wieder gegen die Sozialdemokratie angewandt werden wird. Wie diese in der Folge ihrer Opposition noch einige Kraft verleihen kann, da nun doch so viele einschneidende Beschlüsse gefaßt werden müssen, wird wohl niemand sagen können.

Wohl ist das Ermächtigungsgesetz, um die Stimmen der Sozialdemokratie zu gewinnen, durch die Regierung geändert worden: eine **Reichstagskommission** von 15 Mitgliedern soll berechtigt sein, alle Verordnungen, die die Regierung auf Grund des Gesetzes erläßt, zu beurteilen. . . . . Aber auch wenn theoretisch die Bürgschaft der Kommission, in welcher natürlich auch die Sozialdemokratische Partei vertreten wäre, von einiger Bedeutung sein könnte, so weiß man doch, daß alles von der Macht abhängt, die eine Minderheit zu verkörpern weiß. Und wie soll eine sozialdemokratische Minderheit in dieser Kommission sich mit der wahrscheinlich höchst notwendigen Macht geltend machen können, da sie nun eine parlamentarische Fraktion vertritt, die von der Regierung ganz sichtbar geschurigelt wird? . . . Niemand verkennt die unsäglichen Schwierigkeiten, die die Sozialdemokratie angesichts der völlig verarmten und halbverhungerten Arbeitermassen und der damit verbundenen zerrütteten Organisation in einem Wahlkampf zu begegnen haben. Aber Wahlen müssen in jedem Falle doch gehalten werden. Und die Politik, die in der letzten Zeit von der Fraktionsmehrheit geführt worden ist und mit dieser Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz fortgesetzt wird, wird wahrscheinlich alle Schwierigkeiten noch vergrößern."

Der **Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker**:

„. . . . Daß der Reichspräsident in der Sterbestunde Stresemanns als Reichskanzler gar den republikanischen Generalissimus als obersten Gewaltaber einsetzen konnte, **bleibt ganz unfaßbar**. Im letzten Kriegshalbjahre hatte man die dem Staate erstandenen Schäden durch die Ludendorff-Diktatur so gut erkannt, daß vielfach der Ruf nach Entmilitarisierung der Politik erklang. Ebert ist ein kluger Kopf und er verdient in seiner sehr schwierigen Position keineswegs die immer in Eiltempo kommenden Mißtrauensvoten. Aber was seit dem 17. September (Belagerungszustand) in Deutschland sich abgespielt hat, welche Rolle mit einem Male der sonst so im Verborgenen lebenden und im Grunde ja auch überflüssigen Reichswehr zugekommen ist und wie die Presse wieder einmal die bösen Zeiten Noskescher Verbietungssucht durchmacht, und wie die unglückliche und eines großen Landes auch unwürdige §-48-Regiererei zum **Sport** geworden ist, das sind denn doch Dinge, für die allein nicht der Reichskanzler verantwortlich gemacht werden kann, weil sie auch davon abhängig sind, ob der Reichspräsident dabei mitgeht — — —

— — — Das bei der Vorstellung der neuen Regierung am 4. Dezember geforderte neue „kleine" Ermächtigungsgesetz für „nur kurze Zeit" ist aber vor allem ein Prüfstein, wohin die Fahrt gehen soll. Den Reichstag noch weiter auszuschalten als seither und dafür die Diktatur umfassender herrschen zu lassen — sogar die Regierung soll nach Verlautbarungen von rechts auf ein engeres, beschließendes Kabinett von 4 Mitgliedern mit Diktaturrecht beschränkt sein —, **muß abgelehnt werden!** Die Erfahrungen mit dem Septemberermächtigungsgesetz haben doch gezeigt, daß alle darauf basierenden Maßnahmen sich zu neun Zehntel gegen die Arbeiter- und Angestelltenschaft richten."

Helmut v. Gerlach in der Welt am Montag:

„Ich kenne die Gründe derer, die das Ermächtigungsgesetz als das kleinere Uebel ansehen, und ich würdige sie. **Dennoch — ich hätte mit den 53 der sozialdemokratischen Minderheit gegen die 78 gestimmt.**

Das Ministerium **Marx** verdient kein Vertrauensvotum irgendeines Linisrepublikaners. Weder seiner Zusammensetzung noch seinem sogenannten Programm nach. Die **Programmrede** des Herrn **Marx** war ganz das, was sie bei einem solchen Kabinett sein mußte: die Rede eines guten Mannes, der eine schlechte Sache vertritt. Sie brachte fast nichts, und was sie brachte, taugte nichts.

Wir wissen nun, daß gegen **Bayern** nichts geschehen wird. Wir wissen nun, daß die **Militärdiktatur** aufrechterhalten wird. Dabei verschärft sie sich täglich in ihrer Anwendung gegen links. Soeben ist ein so verständiges Blatt wie die sozialdemokratische **Volksstimme** in Frankfurt a. M. verboten worden. Aus **Thüringen** und **Sachsen** häufen sich hergehoch die Beschwerden über das Verfahren der Reichswehr. In Sachsen ist sie eine Art Oberregierung geworden, die alle ihr unwillkommenen Beamten entfernt und den ganzen Verwaltungsapparat nach ihren Wünschen ummodelt. Wer einen Einblick in die heutigen Zustände in Sachsen bekommen will, dem empfehle ich, die Sächsische Schulzeitung (Dresden, Frühlingstraße 5) vom 5. Dezember zu lesen. Grauen und Empörung überkommen einen.

Für all das ist, wenn auch nicht juristisch, so doch politisch, Herr **Marx** letzten Endes **verantwortlich**. Und ihm wird eine **Blankovollmacht** durch das Ermächtigungsgesetz ausgestellt. Er kann auf Wochen und aber Wochen schalten und walten, wie er will. Er wird nicht mehr behindert durch den Reichstag. Er hat legislative Allmacht. Denn der **Fünfzehnerausschuß**, der als „Konzession an die Sozialdemokratie" neben ihn gestellt worden ist, ist nur Augentäuschung für ein sehr dummes Publikum. Er hat nur beratende, nicht beschließende Stimme, ist also einfach ohnmächtige Dekoration. Stärker als je besteht heute das Bedürfnis, die Parole auszugeben: **Für die Sozialdemokratie!** Freilich mit dem Hinzufügen: Für eine **andre Sozialdemokratie** als sie jetzt die Mehrheit in der Fraktion besitzt.

Die Putschhelden Kahr und Lossow

München, 10. Dezember. (Eig. Drahtb.)

Nachdem seit dem 9. November eine Unmenge von Flugblättern aus dem Lager der flüchtigen Putschisten und außerdem eine Reihe von Zeitungsartikeln sich um eine Klarstellung der Vorgänge in der Münchner Putschnacht bemüht haben, versucht es nun der Rechtsbeistand der verhafteten Verschwörer Hitler, Poehner, Frick mit einer spaltenlangen Verteidigungsschrift, die er an die Redaktionen der Münchner Zeitungen schickte. Entsprechend der Zensurvorschrift wurde diese Darstellung dem Generalstaatskommissar vorgelegt und dieser fühlte sich bewogen, „in diesem besonderen Fall" dem Ersuchen um Veröffentlichung stattzugeben unter der Bedingung, daß gleichzeitig auch seine Antwort auf die Schilderung seiner Gegner, die sich bekanntlich nur im Tempo von ihm unterschieden haben, mit abgedruckt wird. Beide Darstellungen bringen nichts wesentlich Neues, klären vor allem nicht auf, was in der Zeit zwischen 11 und 1 Uhr nachts bei Kahr und seiner Umgebung vor sich gegangen ist, verstärken aber den Eindruck, daß **Hitler und seine Freunde bis in die Morgenstunden der Putschnacht des Glaubens waren und sein mußten, daß Kahr, Lossow und Seisser treu an ihrer Seite stünden.**

Im einzelnen beginnt die Darstellung mit der Feststellung Hitlers, daß er bei jener berühmten Vorbesprechung am 8. November tatsächlich nicht bei Kahr gewesen ist. Daß Herr v. Kahr demgegenüber in der ersten Pressekonferenz vom 10. November ausdrücklich die seinerzeitige Anwesenheit Hitlers feststellen konnte, berührt jedenfalls recht merkwürdig. Interessant sind auch die Besprechungen Hitlers mit Lossow und Seisser vor dem 8. November, die Hitler vollkommen davon überzeugt hatten, daß diese Herren selbst zum Losschlagen bereit seien und mit nach Berlin marschieren würden. Der Plan wurde auch im einzelnen besprochen und festgelegt, der Aufruf einer deutschen nationalen Regierung in Bayern, die Verteilung der Aemter und die Art des militärischen Vorgehens sind genau erörtert worden. Interesse erregt auch die unwidersprochne Mitteilung Hitlers daß Seisser damals nach Berlin zu General Seeckt gefahren ist und dort Abmachungen getroffen hat, die den verabredeten Putschplänen widersprachen.

Besonders lebendig schildert Hitler, wie nach dem Ueberfall die Herren Kahr, Lossow, Seisser für den Staatsstreich gewonnen wurden. „Am ersten", so heißt es, „entschloß sich Herr v. **Lossow**, dem Beispiel Seiner Exzellenz Ludendorff zu folgen. Exzellenz Ludendorff hatte ihn angesprochen: „Also Lossow, tun Sie mit und schlagen Sie in meine Hand!" Und v. Lossow richtete sich soldatisch stramm auf, Aug in Aug standen sich die beiden Generale gegenüber und v. Lossow schlug ein in die Hand Ludendorffs. Von Seisser, nicht minder bereit und nicht minder ehrlich überzeugt, streckte von selbst Ludendorff die Hand entgegen zur Besiegelung des Beschlusses zur gemeinsamen Arbeit." Von Kahr stand allein noch abseits und zeigte sich sehr erregt, daß er von Hitler mitten in seiner antimarxistischen Programmrede gestört worden sei. Aber Hitler drang in ihn, holte ihn dann mit jubelndem Beifall aus der unter Maschinengewehren gehaltenen Versammlung herbei und Kahr erklärte nun ehrlich überzeugt und ergriffen: „Nun gut, ich bin bereit, aber nur unter der Bedingung: Wir stehen doch hier alle als **Monarchisten**. Ich werde das Amt eines Landesverwesers nur übernehmen als **Statthalter Sr. Majestät des Königs**." Hitler beruhigte auch diese Bedenken mit den Worten: „Exzellenz, ich will vor allem wie er gutmachen das Unrecht, das vor fünf Jahren eine Horde gemeiner Verbrecher an hochseligen Vater Sr. Majestät des Königs verübt hat."

Die Richtigkeit dieser temperamentvollen Darstellung will Herr v. Kahr der Prüfung durch das Strafverfahren vorbehalten. Dabei sollte es zum mindesten auch möglich sein, die immer noch **dunkle Funkspruch-Angelegenheit Kahrs** in der Putschnacht vollständig aufzuklären. In diesem angeblichen „Kreisteleramm an die bayerischen Regierungspräsidenten" liegt zweifellos mit der Schlüssel zur Aufhellung der nach wie vor im Dunkeln gehaltenen Ereignisse. Vor allem geht auch aus dieser Darstellung hervor, daß sich Kahr, Lossow und Konsorten heute zu Unrecht als Staatsretter und Richter über Hitler, Ludendorff usw. aufspielen.

•

Rupprecht der Vorsichtige

Wie uns aus München von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat sich Prinz Rupprecht am 8. **November** von München nach **Innsbruck** in Sicherheit gebracht. Er „ahnte" die kommenden Dinge und fürchtete, ähnlich wie Kahr von Herrn Hitler in die Kneifzange genommen zu werden. Als Hitler und Ludendorff nach wenigen Stunden erledigt waren, kehrte Rupprecht wieder beruhigt nach München zurück. Er will natürlich König werden, aber er möchte sich den Termin selber vorbehalten und nicht von Herrn Hitler vorschreiben lassen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19231211/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ein Direktorium

Berlin, 10. Dezember. (Eigene Meldung.) Die Reichsregierung plant die Einsetzung eines Ausschusses von mehreren Kabinettsmitgliedern, der diktatorische Vollmachten erhält und auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die für notwendig erachteten Verordnungen erlassen soll. Dieses Direktorium — wenn man es so nennen darf — soll sich aus dem Finanzminister, Arbeitsminister und Innenminister zusammensetzen.

Die Lage in England

London, 10. Dezember. Es sind drei weitere Resultate bekanntgeworden. Die Konservativen haben bis jetzt 252, die Liberalen 149, die Arbeiterpartei 197 und die kleinen Parteien 9 Sitze. Der konservative Propagandachef erklärte den Zeitungen, daß die unerwartet große Niederlage der Konservativen den Frauen zuzuschreiben sei, die von Gerüchten über eine bevorstehende Lebenshaltungsverteuerung erschreckt worden seien. (Diese „Gerüchte" waren die konservativen Schutzzollreden. Die Red.)

Die Arbeiterpartei zur Regierungsbildung bereit

London, 9. Dezember. Ramsay Macdonald erklärte in einer Unterredung zu der Frage, ob die Arbeiterpartei ihren Sieg zu einem logischen Abschluß bringen und die Regierung zu übernehmen bereit sein würde: Natürlich! Koalitionen seien von der Arbeiterpartei immer als eine unangenehme Sache angesehen worden. Die Frage, ob er bereit sei, an einer Koalition teilzunehmen, sei Sache der Arbeiterpartei als Ganzes und könne daher von ihm persönlich nicht entschieden werden. Grundsätzlich seien Koalitionen unangenehm, sie führten zu Handlungen, die manche Leute als politische Unehrlichkeiten bezeichnen könnten. Parteisekretär Henderson sagte, die Führer der Arbeiterpartei würden wahrscheinlich Ende der Woche zur Besprechung der Haltung der Partei zusammentreten.

Das Arbeiterblatt Daily Herald führt in einem „Weshalb nicht eine Arbeiterregierung?" überschriebenen Leitartikel aus, es werde besser sein, wenn die Arbeiterpartei erklärte, wir wollen die Regierung übernehmen, wir sind die einzige Partei, die eine Arbeitslosenpolitik und die eine auswärtige Politik hat, wir wollen das Amt übernehmen, und wir wollen die andern Parteien mit unsern Forderungen herausfordern. Wenn sie sie ablehnen, dann können wir sie nicht durchführen. Wenn die Zeit für einen Appell an das Land kommt, werden wir zeigen, was wir für das Gute des Volkes versucht haben. Daily Herald erklärt zum Schluß, es könne an keinen Tauschhandel mit irgendeiner andern Partei wegen Unterstützung gedacht werden, keinerlei Arbeitsvereinbarung könne erwogen werden.

Die Konservativen kleben

Herr Baldwin hat sich bis jetzt geweigert, seinen Rücktritt zu erklären. Am Montag hat er nach Londoner Meldungen mit dem König verhandelt, amtiert aber ruhig weiter. Es heißt, er wolle zunächst bis zur Parlamentseröffnung am 8. Januar im Amte bleiben. Die konservative Presse erklärt, erst müsse die konservative Partei in feierlicher Gesamtsitzung zu der Niederlage Stellung nehmen, ehe Baldwin die Konsequenzen ziehen dürfe. Inzwischen setzen auch die Unterhändler ihre Bemühungen fort, den Weg zur konservativ-liberalen Koalition zu ebnen. Einflußreiche Führer und Blätter schlagen vor, Baldwin solle die Regierung behalten, aber einige liberale Minister in das Kabinett aufnehmen. Das Regierungsprogramm solle man einfach ein wenig „abändern". Scheitere eine Koalition an den Liberalen, so solle sich Baldwin mit einer passiven Unterstützung der Liberalen begnügen, aber auf alle Fälle im Amte bleiben. Der Zweck dieser Treibereien ist, die Arbeiterpartei auf alle Fälle auszuschalten und eine geschlossene Front gegen die Arbeiterklasse zustande zu bringen. Jedenfalls versucht man zu lavieren und die Lage zu trüben.

Kampf und Not im Ruhrgebiet

SPD. Bochum, 10 Dezember. (Eig. Drahtb.) Die Zahl der Arbeitslosen in Bochum beträgt rund 30 000. Die Stadt gibt an die Arbeitslosen Naturalien (Brot, Fett und Kartoffeln) aus, die später bezahlt werden sollen. Die Not der Erwerbslosen wächst von Tag zu Tag. In den andern Städten des Ruhrgebietes liegen die Verhältnisse nicht anders. Man erhofft bald eine Besserung durch die am Montag erfolgte Wiederaufnahme der Arbeit im Bergbau. Auf den Werken der Metallindustrie planen die Großunternehmer ebenfalls die Ingangsetzung der Betriebe unter den von ihnen diktierten Bedingungen (Vorkriegszeit, Tariflosigkeit, Bezahlung nach Leistung usw.). Die Arbeiter sämtlicher Organisationen in der Metallindustrie halten im ganzen Ruhrgebiet Massenversammlungen ab, in denen sie in schärfster Weise gegen das Vorgehen der Unternehmer Stellung nehmen und den einmütigen Willen zur Erhaltung des Achtstundentages und des geregelten Arbeitsverhältnisses bekunden. Die Unternehmer suchen das geschlossene Auftreten der Arbeiter durch Einzelverhandlungen wirkungslos zu machen.

•

Wendung der französischen Ruhrpolitik

Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf sind bis gestern im ganzen 192 Ausweisungsbefehle zurückgezogen worden, 105 betrafen Privatpersonen, 87 Gemeinde-, Post-, Zoll- und Verwaltungsbeamte. Von Strafurteilen wurden 69 aufgehoben, davon betragen 35 Industrielle, 6 Arbeiter oder Angestellte, 22 Beamte. Gestern ist die Aufhebung von weiteren 10 Strafurteilen unterzeichnet worden, von denen 8 Industrielle und 2 Beamte berühren.

•

Die französische Regierung gegen deutsche Kinder

Die Pariser Humanité teilt mit, daß 500 deutsche Kinder nach Frankreich kommen sollten, um in 500 Arbeiter- und Bauernfamilien gute Pflege zu genießen. Der französische Botschafter in Berlin habe sich korrekt benommen, er habe seine Unterstützung versprochen und die Erlaubnis seiner Regierung nachgesucht. Diese sei verweigert worden. Die kommunistische Kammerfraktion habe darauf einen Schritt unternommen. Die Regierung habe erneut beraten, aber ihre Weigerung aufrechterhalten. Wir stellen, so schreibt die Humanité, diesen unmenschlichen Akt vor der öffentlichen Meinung der Welt und vor allen Männern und Frauen, die noch ein Herz im Leibe haben, an den Pranger.

Deutsch-amerikanischer Handelsvertrag

Reuter meldet aus Washington: Ein neuer Handelsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ist am Montag vom Staatssekretär Hughes und dem deutschen Botschafter Wiedfeldt unterzeichnet worden. Der Vertrag, der an die Stelle des während des Krieges außer Kraft gesetzten tritt, soll dem Senat baldigst zur Ratifikation unterbreitet werden. Bis dahin wird der Wortlaut geheimgehalten. In Regierungskreisen wird erklärt, daß der Handelsvertrag auf der Grundlage der Meistbegünstigung abgeschlossen worden sei.

Toleranz?

Die Kirche hat stets behauptet, daß sie sich fern halte von politischen Dingen. Sie hat — nach außen hin — immer den Standpunkt vertreten, daß sie sich um Organisationsfragen ihrer Anhänger nicht kümmert. Die freien Gewerkschaften haben programmatisch und tatsächlich religiöse Neutralität ihre Mitgliedern gegenüber geübt. Verschiedene „Hirtenbriefe" der Vorkriegszeit lassen schon erkennen, daß die Toleranz der Kirche nicht ernst gemeint war. Nun, wo alles zum Entscheidungskampfe zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern drängt, glaubt man, offen auftreten zu können. Die katholische Kirche tritt auf die Seite der Reaktion und des Kapitalismus; sie eröffnet in aller Form den Kampf gegen die freien Gewerkschaften. Das tut sie, trotzdem der Reichstagsabgeordnete Leicht (Bayr. Volkspartei) im Reichstage (Sitzung vom 28. November) in bewegten Tönen der Oeffentlichkeit verkündete, daß der Münchner Putsch in eine Katholikenhetze ausgeartet sei. Dabei müßte doch der katholischen Kirche bekannt sein, daß es gerade die freien Gewerkschaften waren, die sich gegen den Putsch mit nicht mißverstehender Deutlichkeit gewendet haben. Die Neue Augsburger Zeitung, Nr. 256 vom 6. November, berichtet über die Fuldaer Bischofskonferenz, die unter Hinweis auf die an den Klerus erlassenen „Winke" über die Behandlung der Sozialisten usw. folgende Grundsätze beschlossen hat:

„a) Es ist den Katholiken nicht gestattet, den freien Gewerkschaften als Mitglieder anzugehören, einerlei, ob es sich um Gewerkschaften für Arbeiter oder solche für Angestellte oder Beamte handelt.

b) Wenn die Katholiken die Möglichkeit haben, sich in Verbänden zu organisieren, die ihren religiösen Interessen nicht entgegenstehen, so sind sie verpflichtet, aus den freien Gewerkschaften auszutreten.

c) Geduldet werden kann, daß ein Katholik zeitweilig seinen Namen in den Mitgliederlisten im Einzelfalle wirklich stehen läßt, wenn folgende Umstände zusammentreffen, die hierfür Voraussetzung bilden:

1. Wenn der Beitritt in gutem Glauben, also in Ueberzeugung von der Erlaubtheit, erfolgt ist;

2. wenn Aergernis verhütet wird durch die Erklärung, daß die Weiterzahlung nur zur Verhütung schweren Nachteils erfolge, im übrigen aber jede Gemeinschaft mit der betr. Vereinigung vermieden wird;

3. wenn dem Betreffenden oder seiner Familie sonst schwerer Schaden erwächst;

4. wenn nicht für den Betreffenden oder seine Familie die Gefahr des Abfalls vom Glauben besteht;

5. wenn Katholiken trotz erfolgter Aufklärung und obwohl ihnen Eintritt in eine andre Organisation möglich ist, dennoch als Mitglieder in den freien Gewerkschaften verbleiben, so sind sie zu dem Sakramentenempfang nicht mehr zuzulassen."

Der Druck, der durch diese Grundsätze auf die katholischen Mitglieder der freien Gewerkschaften ausgeübt wird, verstößt gegen alle Grundsätze der Verfassung. Er bringt diese Mitglieder in einen Gewissenskonflikt, der von ihnen als außerordentlich lästig empfunden werden muß. Wenn auch darüber kein Zweifel besteht, daß die katholischen Mitglieder der freien Gewerkschaften den Fuldaer Grundsätzen nicht folgen werden, verdient doch die Tatsache Beachtung, daß solche Grundsätze überhaupt aufgestellt werden.

Für die freien Gewerkschaften bleibt der Grundsatz der religiösen Neutralität nach wie vor bestehen. Genau so wie ihre Mitglieder nach wie vor einen Trennungsstrich durch religiöse Anschauungen im gewerkschaftlichen Kampfe nicht erblicken.

Vom Wehrkreiskommando verboten!

Der sächsischen Regierung war in der bürgerlichen Presse der Vorwurf gemacht worden, sie habe die Reichswehr bespitzeln lassen. Die Regierung hat nun versucht, in längeren Darlegungen zu erklären und mit Material zu belegen, warum es die sächsische Regierung für ihre Pflicht ansehen mußte, die sogenannte Auffüllung der Reichswehr zu beobachten und darüber der Reichsregierung Bericht zu erstatten. Wie uns jetzt mitgeteilt wird, hat das Reichswehrkommando das Erscheinen dieses im Auftrage der Regierung bereits fertiggestellten Artikels verboten. Ministerpräsident Fellisch wird hoffentlich in Berlin nachdrücklich fordern, daß der sächsischen Regierung solche Beschränkungen nicht auferlegt werden denn sonst wäre es ihr ja ganz unmöglich, sich gegen die fortdauernden Angriffe von seiten der bürgerlichen Presse und der bürgerlichen Parteien zu verteidigen und die wahre Sachlage der Dinge in der Oeffentlichkeit darzutun.

Die Schröpfung der Mieter

Wie gemeldet wird, ist man von dem Plan, die Goldmieten in der vorgesehenen Form einzuführen, abgekommen, und es sind neue Projekte aufgetaucht. Der Berliner Lokalanzeiger berichtet:

Der Entwurf eines Mietzinsgesetzes ist auf Einspruch aus Kreisen des Reichsrats durch einen neuen Entwurf in einigen Punkten abgeändert worden. Der nunmehrige Entwurf sieht gleichfalls eine gestaffelte Aufwertung der Mieten auf Friedenshöhe bis 1. Oktober 1924 vor. Die aufgeführten Sätze sollen jedoch nur Mindestmieten darstellen, über die die Landesbehörden hinauszugehen befugt sind. Weiter sollen die Mieten restlos den Hausbesitzern zufallen, während bis jetzt an eine 50prozentige Beteiligung des Reiches und der Gemeinden gedacht wurde. Selbstverständlich werden dann vom Reiche Mittel für Wohnungsbau nicht zur Verfügung gestellt, vielmehr hofft man, daß diese Mittel aus den erhöhten Mitteln der Hausbesitzer selbst geschöpft werden. Der Einnahmeausfall des Fiskus, der gegenüber dem früheren Entwurf entstehen würde, dürfte vielmehr durch eine Wohnsteuer, vielleicht auch durch eine Erfassung der Gewinne bei Hypothekenaufwertungen ausgeglichen werden. Ein Teil der Wohnsteuer wird jedoch auch auf die Mieter verteilt werden. Endgültige Beschlüsse in dieser Richtung liegen noch nicht vor.

Nach dieser Meldung sollen auch die Friedensmieten aufgewertet werden, aber nicht zugunsten des Reiches, sondern zugunsten der Hausbesitzer. Damit würde den Hausbesitzern ein ungeheuerliches Geschenk gemacht werden. Billigt man aber den Hausbesitzern Goldmieten zu, so muß man auch die Hypothekenschulden der Hausbesitzer aufwerten und den Hypothekengläubigern ein Recht auf Goldzinsen geben. Das soll offenbar auch geschehen. Aber dann will man nachträglich die Gewinne der Hypothekengläubiger für das Reich erfassen, während den Hausbesitzern ihre durch die Aufwertung erzielten Gewinne bleiben sollen. Jede Folgerichtigkeit würde einer derartigen Regelung fehlen.

Dabei scheint man mit der Absicht zu spielen, der durch die Goldmieten belasteten Mietern dann außerdem noch besondere Steuern aufzuerlegen, so daß tatsächlich die Mieter nicht nur Friedensmieten zahlen müßten, sondern unter Umständen erheblich mehr.

Hat wirklich die Reichsregierung jetzt derartige Pläne, so wäre das der Gipfel des Wahnsinns. Die Mieter werden nicht in der Lage sein, eine derartige Belastung, wie sie ihnen offenbar zugemutet werden soll, zu tragen. Der Widerstand der Mieter würde um so größer werden, wenn sie sehen müßten, daß dabei die Hausbesitzer ein glänzendes Geschäft machen. Sollte wirklich die Regierung Marx die Absicht haben, die Empörung der Massen bis zum Aeußersten aufzupeitschen? Will sie das nicht, so darf sie unter keinen Umständen die hier mitgeteilten Pläne verwirklichen.

•

Bankenwucher

Die großen Bankiervereinigungen, u. a. die sogenannte Berliner Stempelvereinigung, haben den Beschluß gefaßt, für Rentenmarkkredite 12 Prozent Jahreszinsen zu nehmen. Dazu wollen sie aber noch eine Provision in der Höhe von 6 Prozent verlangen, so daß tatsächlich für Rentenmarkdarlehn 18 Prozent Zinsen gezahlt werden sollen. Das ist rund 80 Prozent mehr, als die Reichsbank bzw. die Rentenbank fordern und gut das Vierfache der im Frieden üblichen Zinsen. Der Diskontsatz in Deutschland betrug z. B. am 1. Juli 1914 nur 4 Prozent und die Banken der Haupthandelsländer begnügen sich auch heute noch mit einem Satz von 5 bis 7 Prozent. Dabei muß man berücksichtigen, daß es sich um Kredite mit Goldklauseln handelt, die gegen eine eventuelle Rentenmarkinflation unter allen Umständen geschützt sind. In Wirklichkeit werden nicht die Kreditnehmer, sondern die Konsumenten die Wucherzinsen bezahlen, denn die Rentenmarkzinsen werden prompt auf die Waren umgelegt. Man darf wohl ein sofortiges Eingreifen der Regierung mit gutem Recht erwarten. Unsre Banken sind heute Raubburgen geworden, die durch einen skandalösen Wucher das ganze Geschäftsleben zum Erliegen bringen und die Massen belasten.

Bei dieser Gelegenheit sehen wir uns verpflichtet, auf die Riesengewinne hinzuweisen, die unsre Banken infolge ihrer glorreichen Kreditpolitik gerade in den letzten Wochen gemacht haben. Obwohl die Mark sich besserte, also Inflationsschäden gar nicht in Betracht kamen, sind für Billionendarlehen zum Schaden der Geschäftswelt und der Käufer Trillionenzinsen verlangt und gezahlt worden. Die Regierung kann wohl nicht gut leugnen, daß hier ein unverdienter Wertzuwachs vorliegt, an dem sie auf ihrer Suche nach neuen Geldquellen hoffentlich nicht vorbeigehen wird.

•

Der Dollarkurs im November

Im Laufe des Monats November ist der Dollarkurs von 130 Milliarden auf 4,2 Billionen gestiegen. Im Oktober betrug der mittlere Dollarkurs 25,3 Milliarden, im Novemberdurchschnitt 2103,6 Milliarden, also eine Steigerung um 8564,1 Prozent.

•

Die Bewegung der Aktienkurse

Die vom Reich herausgegebene Zeitschrift Wirtschaft und Statistik veröffentlicht eine Statistik über die Höhe der Aktienkurse in Gold berechnet. So hoch auch die Papiermarkkurse der Aktien sind, so stehen die Kurse, wenn man Papiermark in Gold umrechnet, doch weit unter der Friedenshöhe. So betrug im Januar 1920 nach der Berechnung von Wirtschaft und Statistik das durchschnittliche Kursniveau der Aktien im Januar 1920 18,41, stieg bis zum Juli d. J. auf 30,95 Prozent, um dann wieder zu sinken. Außerordentlich gering waren die durchschnittlichen Aktienkurse in der letzten Hälfte des Jahres 1922, wo das Aktienkursniveau bis auf 2,94 im November 1922 sank. Im Jahre 1923 ist das Goldmarkkursniveau wieder etwas gestiegen, es betrug im Juli 12,87, nach einer vorübergehenden Senkung im August auf 8,84 stieg es auf 21,87 im Oktober. Die Unterbewertung der Aktien gegenüber der Vorkriegszeit hängt damit zusammen, daß das Aktienkapital jetzt vielfach stark verwässert ist. In den letzten Jahren haben die meisten Aktiengesellschaften ihr Kapital vermehrt und bei diesen Kapitalvermehrungen natürlich nur Papiermark hereinbekommen. Wenn auch die neuen Aktien nicht zum Nennwert, sondern meist zu einem viel höheren Kurse ausgegeben wurden, so wurde doch durch die Mehreinzahlung von Papiermark die Geldentwertung in den meisten Fällen nicht entfernt ausgeglichen, zumal ja Aktiengesellschaften ihre jungen Aktien den Aktionären halb oder gar schenkten.

•

Oesterreichs Wirtschaftsgrundlagen

Oesterreichs Wirtschaft hat sich seit der Stabilisierung der Währung andauernd gebessert. Die Einfuhr sank trotz vermehrter Produktion und damit verbundener Rohstoffeinfuhr. Sie betrug im Jahre 1922 1590 Millionen Goldkronen, gegen 706 Millionen Goldkronen im ersten Halbjahr 1923. Der innere Verbrauch ist im letzten Jahre nicht unbeträchtlich gestiegen, während die Ausfuhr nicht auf der Höhe von 1922 gehalten werden konnte. Die Handelsbilanz blieb in der ersten Jahreshälfte mit rund 275 Millionen Goldkronen passiv. Die Zahlungen für einen so beträchtlichen Einfuhrüberschuß konnten natürlich nicht aus den sogenannten unsichtbaren Exporten vollends beglichen werden, obwohl auch diese für die Zahlungsbilanz Oesterreichs nicht unbeträchtlich sind. Der Warendurchgangsverkehr verschafft nicht unbeträchtliche Geldeinnahmen. Die Vermittlungstätigkeit im Bankwesen und im Warenhandel führt ebenfalls Geld ohne Warenausfuhr ins Land. Auch der Fremdenverkehr von Ausländern hat eine Bedeutung für die österreichische Zahlungsbilanz. Aber die Unterbilanz war zu groß, als daß sie hätte ohne große Effektenexporte beglichen werden können. Durch diese erhält jedoch das Ausland nicht nur vermehrten Einfluß auf die Wirtschaftsgestaltung Oesterreichs, sondern es muß auch einen großen Teil des industriellen Gewinns an die ausländischen Effektenbesitzer ausführen, ohne daß dafür ein Gegenwert ins Land kommt.

Ob Deutschösterreich jemals ein wirtschaftlich existenzfähiger Staat werden wird, läßt sich durchaus noch nicht sagen. Wohl hat es die Möglichkeit, seine landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Die Anbaufläche ist seit 1913 um ¼ und der Gesamtertrag um etwa ⅓ zurückgegangen. Eine nach modernen Methoden betriebene Ackerbestellung könnte die Produktionserträge sicherlich beträchtlich steigern. Aber das ist, da hierzu auch eine für die moderne landwirtschaftliche Produktion geschulte landwirtschaftliche Bevölkerung gehört, nicht von heute auf morgen, sondern erst nach beträchtlichem Aufwand von Zeit, Mühe und Geld möglich.

Außer aus der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion läßt sich auch aus der besseren Ausnutzung der vorhandenen Wasserkräfte, die jetzt erst zu einem Zehntel dienstbar gemacht sind, ein großes Aktivum für die Volkswirtschaft gewinnen. Doch die wirtschaftliche Lebensfähigkeit Deutschösterreichs hängt vor allem von seiner Exportentwicklung ab. Diese aber ist an die Aufnahmefähigkeit des Marktes sowohl in Deutschland, als in den Nachfolgestaaten gebunden. Außerdem dürften die Konkurrenzinteressen der Siegerstaaten auf die wirtschaftliche Gestaltung Oesterreichs auch nicht ohne Einfluß sein.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19231211/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Für die Erhaltung der deutschen Krankenversicherung

Die unausgesetzt von allen Seiten gegen die Krankenkassen gerichteten Angriffe in der Presse, in den Parlamenten, im Reichsrat und von hohen Regierungsstellen nötigen den Gesamtvorstand des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, e. V., die Versicherten und Arbeitgeber zum Schutze der bedrohten sozialen Einrichtungen der Krankenfürsorge aufzurufen.

Seit Jahren bemüht sich der Hauptverband, dem Verfall der Krankenversicherung entgegenzuwirken, ohne dafür immer volles Verständnis bei der Gesetzgebung und der Oeffentlichkeit wie bei den Beteiligten gefunden zu haben. Die Gesetzgebung hat sich dem Tempo der Markentwertung nicht angepaßt und damit die Kassenorgane verhindert, sich auf die stets wechselnden Bedingungen des Wirtschaftslebens einzustellen. Erst nach der durch den völligen Währungszerfall herbeigeführten Zahlungsunfähigkeit der Krankenkassen wurden ihnen einige begrenzte und unzulängliche Vollmachten gegeben. Die Kassenvorstände haben nicht gezögert, sie zu benutzen, sind damit aber auf den heftigsten Widerstand von Aerzten und Apothekern gestoßen.

Insbesondere hat die Aerzteschaft es brüsk abgelehnt, in Ausführung der vom Hauptverband erst kurz vorher angebahnten Notgemeinschaft die erforderlichen Sparmaßnahmen durchzuführen. Seit Jahren bemühen sich die Krankenkassen mit Hilfe des Hauptverbandes vergeblich, die Aerzteschaft für eine der Not des deutschen Volkes angepaßte Krankenfürsorge zu gewinnen. In der Ueberzeugung, daß die Krankenversicherung nur durch das verständnisvolle Zusammenwirken aller Beteiligten erhalten werden kann, sind der Hauptverband und seine Mitglieder trotzdem nach wie vor bereit, in Ausführung der von der Reichsregierung erlassenen Notverordnungen mit der Aerzteschaft zusammenzuarbeiten. Dabei muß jedoch erwartet werden, daß die Aerzte der Aufforderung ihrer Organisation zur Ungesetzlichkeit keine Folge geben werden.

Nachdrücklichst wird gegen die jeder Sachkunde entbehrenden, parteipolitisch beeinflußten Angriffe gegen die Kassenverwaltungen Einspruch erhoben. Die Kassenverwaltungen haben sich mit einer bisher von keiner öffentlichen Verwaltung übertroffenen Beweglichkeit den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt. Zu nutzlosem Leerlauf werden sie in keinem höheren Maße als jedes Privatunternehmen durch die Geldentwertung gezwungen. Die Vereinfachung der Verwaltungsgeschäfte ist in großem Umfange erfolgt, kann jedoch nur nach Lage der Gesetzgebung durchgeführt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Krankenkassen die Geschäfte der Invalidenversicherung, der Wochenfürsorge, der Kriegsbeschädigten-Krankenfürsorge, der Erwerbslosen-Krankenfürsorge und neuerdings den Beitragseinzug für die Erwerbslosenfürsorge teils unentgeltlich, teils ohne nennenswerte Vergütung durchzuführen haben. Eine angemessene Vergütung für diese Geschäfte zu erhalten, war bisher unmöglich.

Seit Jahren fordert der Hauptverband deutscher Krankenkassen eine grundlegende Vereinfachung im Organisationsaufbau der Krankenversicherung. Statt dessen sind — offensichtlich aus parteipolitischen Erwägungen — längst überlebte Organisationsformen, insbesondere zahllose Zwerggebilde, erhalten geblieben. Hingewiesen sei namentlich auf die mit marktschreierischer Reklame und Entfesselung aller egoistischen Instinkte, dafür aber mit den höchsten Verwaltungskosten arbeitenden Ersatzkassen. Nur mit unsäglichen Schwierigkeiten haben sich die Ortskrankenkassen bisher aus eigener Kraft aufrechterhalten können.

Sie werden ihrer hohen sozialen Aufgabe auch weiterhin gerecht werden, wenn sie der Unterstützung der Versicherten und ihrer Arbeitgeber gewiß sind. Namentlich die Versicherten sollten stets dessen eingedenk bleiben, daß unbillige Anforderungen an die Krankenkassen bei der allgemeinen Verarmung unerfüllbar sind und aus ihrer Tasche bezahlt werden.

Von der Gesetzgebung wird die sofortige Ermächtigung, Beiträge und Leistungen nach Goldmark zu berechnen, gefordert. Nur so können die Krankenkassen dem ihnen aus dem Währungszerfall drohenden Ruin entgehen, nur so den Versicherten ausreichende Barleistungen, Aerzten, Apotheken, Krankenhäusern und Angestellten angemessene Entschädigungen gewähren. Nur dann ist die Gewährung freier ärztlicher Behandlung und Arznei sicherzustellen. Die Krankenkassen haben die ihnen durch die Verordnung vom 30. Oktober 1923 gegebene Ermächtigung, im Notfalle statt Sachleistungen Barleistungen zu gewähren, als die Befreiung von dem Drucke einer unerträglich gewordenen Monopolstellung der Aerzte und Apotheken begrüßt. Sie werden diese Vollmacht nur im äußersten Notfalle anwenden in der Ueberzeugung, daß bei länger dauerndem Wegfall der Sachleistungen im Verein mit der auch äußersten Beschränkung der Barleistungen die Krankenversicherung ihres eigentlichen Zweckes entkleidet und damit dem Verfall entgegengeführt werden würde.

Die Krankenversicherung als das breite Fundament der sozialen Fürsorge aber muß, angepaßt der Verarmung der Volkswirtschaft, erhalten werden. Nur dann kann das deutsche Volk zu wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistungen befähigt werden.

Parlamentsauflösung durch Mussolini

Rom, 10. Dezember. Der Ministerrat beschloß die Schließung der gegenwärtigen parlamentarischen Session. Die Neuwahlen sollen im Frühjahr stattfinden. Heute vormittag sollte das Kabinett über die Erneuerung der Vollmachten für Mussolini, die von der Kammer verlangt werden sollten, beraten. Diese Vollmachten waren Mussolini um so sicherer, als sogar seine größten Gegner, die katholische Volkspartei, sich bereits für die Bewilligung der Vollmachten ausgesprochen hatten. Mussolini glaubte aber, daß die gegenwärtige Kammer nicht mehr die wirkliche Ansicht des Landes widerspiegele und verfügte daher die Schließung der gegenwärtigen Session. In parlamentarischen Kreisen hat die Kammerauflösung gewaltige Erregung verursacht, da sie von niemand erwartet wurde.

•

Zusammenstöße in den italienischen Universitäten. Aus Rom wird gemeldet: Nach der Universität in Rom wurde auch die Universität in Neapel wegen Kundgebungen der Studentenschaft gegen die Universitätsreform geschlossen, da dieselben mehrfach zu blutigen Kundgebungen geführt hatten. In Turin und in Bologna ist es ebenfalls zu Kundgebungen gekommen.

Die Umsatzsteuer auf Goldmarkbasis

Wie bekannt, wird durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 7. Dezember die Umsatzsteuer mit rückwirkender Kraft vom 1. November 1923 an auf Goldmark umgestellt. Es sind hierzu folgende Durchführungsbestimmungen erlassen worden:

Infolge der Markentwertung im Oktober und November ist durch die Steuerverordnung die Umsatzsteuer auf Goldmark umgestellt. Soweit bis 10. Dezember eine Voranmeldung und Vorauszahlung auf die Umsatzsteuer im November fällig geworden ist, geschah ihre Berechnung in Papiermark, weshalb jetzt eine Nachzahlung erforderlich ist. **Als Zahlung der Umsatzsteuer in Gold wird erachtet, wenn die Steuerpflichtigen bis 18. Dezember ihre für die Novembersätze geleistete Vorauszahlung wiederholen.** Bei dieser Wiederholung ist derselbe Markbetrag in Gold zu entrichten, der dem Goldwert der geleisteten Vorauszahlung entspricht. Die Steuerpflichtigen, welche dieses Pauschalverfahren nicht wählen wollen, haben bis 18. Dezember eine ergänzende Voranmeldung und Vorauszahlung abzugeben. Hierbei ist zwischen Steuerpflichtigen zu unterscheiden, die ihre Novemberbücher auf wertbeständiger Grundlage geführt haben und den übrigen. Der Steuerpflichtige hat bereits in der Voranmeldung für November die Vorauszahlung auf Grund des in Papiermark berechneten Umsatzes in Papiermark angegeben. Dieser Betrag ist nunmehr unter Zugrundelegung des Umrechnungssatzes für die Reichssteuern am Zahlungstag in Gold umzurechnen. Sind Bücher auf wertbeständiger Grundlage nicht geführt, so ist der Goldbetrag für den Novemberumsatz unter Zugrundelegung des Dollardurchschnittskurses für November zu ermitteln, wobei der Umrechnungssatz 500 Milliarden Mark beträgt.

Gewerkschaftsbewegung

Verschlechterung der Dienstzeit

Am Montag fanden im Reichsarbeitsministerium des Innern unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Falk erneut Verhandlungen über die Abänderung der Richtlinien des Reichskabinetts zur Arbeitszeit statt. Der Absatz 2 der Richtlinien über die Arbeitszeit der Beamten soll bekanntlich künftig lauten: „Die Dienstzeit beträgt wöchentlich mindestens 54 Stunden.“ Während also in dem „Entwurf eines vorläufigen Gesetzes über die Arbeitszeit“ für Arbeiter und Angestellte die regelmäßige tägliche achtstündige Arbeitszeit grundsätzlich anerkannt wird und lediglich Ausnahmen zugelassen werden, wird für die Beamten der Versuch unternommen, den Achtstundentag glatt aufzuheben, um an seine Stelle die kautschukartige Bestimmung zu bringen: Die Dienstzeit beträgt wöchentlich mindestens 54 Stunden. Ob demnach in Zukunft 9, 10 oder 12 Stunden täglich gearbeitet wird, soll dem Ermessen der Behörden überlassen bleiben. Um die Beamten-Spitzenorganisationen für die geplante Verschlechterung der Dienstzeit zu gewinnen, machte der Regierungsvertreter den Vorschlag, eine befristete Regelung vorzunehmen. Auf die Frage, welcher Zeitraum dafür in Betracht komme, antworteten die Regierungsvertreter: 2 bis 3 Jahre.

Die Vorstände der Beamten-Spitzenorganisationen sahen sich außerstande, einer Regelung zuzustimmen, die zu der tiefeinschneidenden Verschlechterung ihrer Existenzverhältnisse, rücksichtsloser Beamtenabbau von 25 Prozent, Herabdrückung des Gehalts auf 70 Prozent der Vorkriegszeit usw. auch noch eine Arbeitszeit hinzufügt, die der Willkür Tür und Tor öffnet. Die Organisationsvertreter erklärten deshalb bereits in der Verhandlung vom 4. Dezember, daß weder die beabsichtigte Form des Beamtenabbaues noch die schematische Verlängerung der Arbeitszeit eine Gesundung der Staatsfinanzen gewährleiste und nur durch Vereinfachung der Behördenorganisationen erreicht werden kann. In der am Montag stattgefundenen Verhandlung kamen die Gewerkschaftsvertreter nach reiflicher Ueberlegung zu der gleichen Auffassung und lehnten deshalb den Vorschlag der Regierung ab. Darauf erklärte Ministerialdirektor Falk, daß er die Stellung der Organisationen auf das tiefste bedauere, geändert würde dadurch an der beabsichtigten Verlängerung der Dienstzeit nichts.

Die Regierung wird also ihre Absicht durchführen, ohne Rücksicht auf die von der Beamtenschaft geäußerten Bedenken. Demgegenüber darf darauf hingewiesen werden, daß die Beamtenschaft sich mit ihrer Auffassung in voller Uebereinstimmung mit allen deutschen Arbeitnehmern befindet, die immer und immer wieder erklärt haben, daß sie an dem achtstündigen Maximalarbeitstag nicht nur festhalten, sondern ihn auch mit allen Mitteln verteidigen werden. Noch ist jedenfalls der Beweis nicht erbracht worden, daß die Verlängerung der Arbeitszeit die notwendige Vorbedingung der Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens ist.

Die neuen Beamtengehälter wurden gestern in einer Sitzung des Reichskabinetts nach den Vorschlägen des Reichsfinanzministeriums genehmigt. Damit hat die Reichsregierung vorerst ihren Willen durchgesetzt, da die Frage der Beamtenbesoldung nicht unter das Ermächtigungsgesetz fällt und somit diese Frage auch nicht zu den Kompetenzen des Ueberwachungsausschusses gehört.

Lohnrichtlinien für Hausangestellte, vereinbart zwischen dem Oeffentlichen Arbeitsnachweis Dresden und Umgegend, dem Hausfrauenverein Dresden und Umgegend, dem Landesverband für Christlichen Frauendienst und der Ortsverwaltung Dresden des Deutschen Verkehrsbundes, Gruppe der Hausangestellten. Vom Vom 1. Dezember an gelten folgende Monatslöhne. Jugendliche, 14. bis 17jährige, 3 bis 5 Goldmark. Jugendliche nach zweijähriger Tätigkeit im Haushalt 4 bis 6 Goldmark, Hausmädchen mit Kochkenntnisse bis 20 Jahre 5 bis 8 Goldmark, über 20 Jahre 6 bis 10 Goldmark, Hausmädchen ohne Kochkenntnisse bis 20 Jahre 4 bis 6 Goldmark, über 20 Jahre 5 bis 8 Goldmark, Alleinmädchen, einfache Stützen, 8 bis 12 Goldmark, einfache Köchin 10 bis 15 Goldmark, perfekte Köchin 15 bis 20 Goldmark, Wirtschafterin für kleineren Haushalt 10 bis 12 Goldmark, Wirtschafterin für größeren Haushalt 15 bis 20 Goldmark, einfaches Stubenmädchen 5 bis 8 Goldmark, Stubenmädchen mit Kenntnissen im Glanzplätten, Nähen und Ausbessern 10 bis 15 Goldmark, perfekte Stubenmädchen (Jungfer) 15 bis 20 Goldmark. Aufwartungen für Privat pro Stunde mit Kost 7 bis 10 Goldpfennig, ohne Kost 15 bis 20 Goldpfennig, Waschfrau mit Kost 10 bis 15 Goldpfennig, Waschfrau ohne Kost 20 bis 25 Goldpfennig, Scheuerfrau mit Kost 10 bis 15 Goldpfennig, ohne Kost 20 bis 25 Goldpfennig. Aufwartungen für Bureaus, soweit nicht besondere Tarife bestehen, 20 bis 25 Goldpfennig. Steuerabzug und Krankenkasse nach den gesetzlichen Bestimmungen, d. h. Steuerabzug ist vom Arbeitnehmer zu tragen, Krankenversicherung ⅔ vom Arbeitnehmer, ⅓ vom Arbeitgeber, Invalidenversicherung ⅔ vom Arbeitnehmer, ⅓ vom Arbeitgeber, Beitrag für die Erwerbslosenfürsorge — 20 Prozent der Krankenkassenbeiträge je zur Hälfte. Neben diesen Löhnen können Sachleistungen (z. B. Kleidung) außer freier Verpflegung nicht gefordert werden.

Eine Veröffentlichung in der Tagespresse findet nur statt, sofern die allgemeine Wirtschaftslage eine Aenderung der Lohnrichtlinien erforderlich macht.

Beamtenstreik in Oesterreich. In ganz Oesterreich sind gestern früh die Telegraphen-, Telephon- und Zollangestellten wegen Gehaltsdifferenzen in den Ausstand getreten. Die Fernsprechverbindung Berlin—Wien ist unterbrochen. Die Regierung bemüht sich mit den Vertretungen der Bundesangestellten zu einer Einigung in der Besoldungsfrage zu gelangen. Die den ganzen gestrigen Tag andauernden Besprechungen führten zu keinem Ergebnis.

Aus aller Welt

Der Sohn des Himmels — zahlungsunfähig. Wie dem New York Herald aus Peking berichtet wird, ist der frühere chinesische Kaiser Hsuang Tung, der zudem noch den klangvollen Titel eines Kaiser der Mandschurei führt, von seinem Juwelier wegen einer Schuld von 250 Taels verklagt worden, die der Kläger trotz wiederholter Mahnung nicht erhalten konnte. Der entthronte Herrscher des himmlischen Reiches hat sich zu seinem aufrichtigen Leidwesen zu dem Eingeständnis bequemen müssen, daß er außerstande sei, die eingeklagte Schuld zu bezahlen. Er wies anderseits darauf hin, daß ihm die gegenwärtige chinesische Regierung Rückstände schulde, die die eingeklagte Summe um das Vierfache übersteigen. Auf die an den Finanzminister gerichtete Aufforderung des Gerichts, Bürgschaft für die eingeklagte Summe zu übernehmen, erklärte dieser, daß der Staat bankrott sei und als Bürge deshalb nicht in Betracht käme.

Einbruch in eine Kirche. Nach einer Mitteilung an die Polizeidirektion München wurde die Klausnerkirche bei Pfeffenhausen von unbekannten Tätern erbrochen; gestohlen wurden u. a. drei 50 Zentimeter hohe Leuchter aus Messingguß, schwer vergoldet, Rokokoarbeit, eine Staubdecke mit Kreuzstickerei und Blumen, ein Altartuch mit Filetspitzen und ein Altarpfüschteppich mit Blumenmuster.

Ein Denkmal der Ueberfahrenen. Als dauerndes Warnungszeichen hat die große amerikanische Stadt Saint-Louis in der belebtesten Geschäftsstraße ein Denkmal errichtet, das den schnellfahrenden Automobilisten in Erinnerung bringen soll, daß im letzten Jahre zweiunddreißig Kinder rücksichtslosen Fahrern zum Opfer gefallen sind. Das Monument trägt die mahnende Inschrift „Zum Gedächtnis der Kinder, die hier auf dem Altar der Hast und der Rücksichtslosigkeit geopfert wurden“.

Ein Förster erschossen. Der Feld- und Jagdaufseher Robert Schrader aus Wedderstedt begab sich dieser Tage mit einem Kollegen auf die Wedderstedter Flur, um Wilderer zu verfolgen. Als sich beide für einige Minuten getrennt hatten, krachte plötzlich ein Schuß, der den Forstaufseher tot niederstreckte. Zwei Leute aus Gatersleben sind als der Tat verdächtig in Haft genommen.

Die Opfer von Gleno. Aus Mailand wird gebrahtet: 260 Opfer der Katastrophe von Gleno sind bestattet worden. Viele Leichen konnten nicht erkannt werden; sie wurden vor der Beerdigung mit Nummern versehen und photographiert. 50 weitere Leichen wurden längs der Via Mala und des Tereo-Baches gefunden.

Der Dollar 4 189 500 000 000,—

Berlin, 11. Dezember. (Amtlich.)

Notierungen in Millionen der Einheit der Währung

		Proz.	11. 12. Geld	11. 12 Brief	10. 12 Geld	10. 12 Brief
Amsterdam	1 Gld.	4	1596000	1604000	1595000	1604000
Buen. Aires	1 Peso	10	1316700	1323300	1316700	1323300
Norwegen	1 Kr.	15	626430	629570	628425	631575
Dänemark	1 Kr.	15	746130	749870	748125	751875
Schweden	1 Kr.	10	1105830	1110770	1102240	1107600
Helsingfors	1 f. M.	—	—	—	103740	104260
Belgien	1 Frk.	15	108515	144475	109515	144475
Italien	1 Lire	5	182540	184460	181545	182455
London	1 Pfd.	4	18254250	18345750	18254250	18345750
Neuyork	1 Dollar	4	4189500	4210500	4189500	4210500
Paris	1 Frk.	4	223440	224560	223440	224560
Schweiz	1 Frk.	10	780170	783830	780170	783830
Spanien	1 Peseta	50	546630	549370	546630	549370
Wien (abg.)	1 Kr.	10	59,850	60,150	59,850	60,150
Prag	1 Kr.	15	121695	124310	121695	124310
Budapest	1 Kr.	2	219,450	220,550	219,450	222,550

Leben • Wissen • Kunst

Theater

Neustädter Schauspielhaus. Es lohnt sich nicht, über Viola, das dreiaktige Machwerk des hoffnungslosen Dilettanten Eisenlohr, das Herr Paul Willi zur Uraufführung angenommen hatte, zu reden. Um so notwendiger aber ist es, die alte Frage wieder einmal aufzuwerfen: Wann endlich wird das Neustädter Schauspielhaus der Kunst zurückgegeben? Im Saale der Kaufmannschaft müssen sich Talent und ernstes künstlerisches Wollen, muß sich eine große kunsthungrige Volksgemeinde mit oft unzulänglichen Hilfsmitteln begnügen; hier am Albertplatz machen sich in einem wohleingerichteten Hause der künstlerisch und moralisch zur Theaterleitung ganz ungeeignete Mann einer reichen Frau und ein Besucherverein, dessen Ansprüchen jedes Vorstadtkino genügte, mit Behagen breit. Wie lange noch wollen Kreishauptmannschaft und Kultusministerium diesen Zustand dulden? pm.

Residenztheater. Dresden wurde einmal mit Recht als „Stadt der Weihnachtsmärchen“ bezeichnet. Diesen Ruf zu erhalten, bemühen sich jetzt wieder alle Direktoren. Leider stets in der kompromißlichen Art, für Erwachsene und Kinder gleichzeitig etwas bieten zu wollen, wobei beide zu kurz kommen. Direktor Schreiber, Komponist Schicketanz und Ballettmeister Gassert bezeichnen ihren „Herrn von Nußknacker“, dessen Uraufführung am Sonntag stattfand, als „für Große und Kleine“ geschaffen. Aber dieses Stück bietet kindertümliche Szenen wenig (nur am Anfang und Ende und die Märchenbilder im Wald, die jedoch keinen Zusammenhang mit der Handlung haben), Szenen für „Große“ aber gar nicht. Oder sollte etwa die unnötige, unwitzige Kabinettssitzung mit ihrem frechen Ton für sie sein? Die Ballettszenen sind geschickt einstudiert. Innerhalb der gut volkstümlichen Musik kann man einem der Tänze den Reiz origineller, melodischer Linie nicht ganz absprechen. Kr.

Neues Theater. Dem Neuen Theater und seinen ständigen Besuchern ist eine Entspannung einmal zu gönnen, wie sie Lothar Schmidts Dreiakter „Nur ein Traum“ beiden Teilen bringt. Das Stück, für Dresden nicht mehr neu, ist leichte Unterhaltungsware, und die Aufnahme, die es beim Publikum findet, beweist, daß es bei nicht zu hohen Ansprüchen seinen Beruf noch heute zu erfüllen vermag, vor allem dank dem munter plätschernden, an den Franzosen geschulten Dialog und der, allerdings untiefen, Witzigkeit des Verfassers. Mit Heiterkeit folgen die Besucher der Geschichte der innerhalb Ehebrüche bis zur befriedigenden Lösung der Verwicklung — hier Scheidung, dort Versöhnung.

Architekt Lustig hat mit Hilfe der Deutschen Werkstätten in Hellerau die kleine Bühne in der Kaufmannschaft in ein geschmackvoll-behagliches Wohnzimmer umgewandelt. Von den Darstellern entwickelt Friederike Lehner als ehebruchlustige „Wienerin“ eine Ursprünglichkeit in Lust und Laune, die sehr überrascht. Trude Spalke verschüttet aus dem Quell ihrer reichen Begabung in Hingabe und Abwehr, Schmollen und Gewähren, Konversation und Herzlichkeit so viel Menschtum, Walter Strom bringt als weltabwehrender Professor so viel Interessantes, daß der Verfasser sicher erstaunt gewesen wäre über das, was manche Leute unter seiner Oberflächlichkeit noch zu finden imstande sind. Sehr komisch ist Felix Bressart als „Bursche polnisches“ in seiner Balkonszene. ps.

Dresdner Kalender

Theater am 12 Dezember. Opernhaus: Fidelio (7½). Volksbühne Nr. 7108 bis 7197. — Schauspielhaus: Anrechtsreihe A: Sirill am Wrack (7½). Volksbühne Nr. 11529 bis 11598. — Neustädter Schauspielhaus: Großstadtluft (7½). — Residenztheater: Herr von Nußknacker, Weihnachtsmärchen (3½); Der letzte Walzer (7½). — Neues Theater (Kaufmannschaft) geschlossene Vorstellung (7½).

Opernhaus. Nachzahlung auf die Anrechtskarten der Sinfoniekonzerte. Die Höhe der Nachzahlung, die für das 3. B-Konzert (14. Dezember) und in gleicher Höhe für das 3. A-Konzert (21. Dezember) in der Zeit vom 10. bis 12. Dezember, nachmittags von 2½ bis 5½ Uhr, an den Opernhauskassen zu leisten ist, beträgt a) für die Konzerte im Parkett, 1. und 2. Rang 4 Goldmark, Orchesterabteilung und 3. Rang 2,50 Goldmark, 4. Rang 1,75 Goldmark, 5. Rang 1 Goldmark, für Stehplätze 0,75 Goldmark; für die Hauptproben im Parkett 1,75 Goldmark, Orchesterabteilung 1 Goldmark, für Stehplätze 0,50 Goldmark. Auswärtigen Anrechtsinhabern wird anheimgegeben, den Betrag mit den Anrechtskarten bis Mittwoch den 12. Dezember, mittags, an die Opernkasse einzusenden, die die Karten am Konzerttage an der Abendkasse zur Verfügung halten wird.

Neues Theater. Die Mitglieder des Neuen Theaters haben als Spielleiter den Bühnenschriftsteller Leo Walter Stein gewählt. In den Darstellerverband sind neu eingetreten die früheren Mitglieder des Neustädter Schauspielhauses: Frau Maria Isele und Herr Wilhelm Straube sowie Frau Eleonore Dröscher vom Lessingtheater in Berlin.

Heimatschutzvorträge. Heute Dienstag (8) findet im Vereinshaus, Zinzendorfstraße, ein großer Kasperletheaterabend mit musikalischer Begleitung statt. Artur Ganzauge spielt. Karten im Heimatschutz und an der Abendkasse.

Volkshochschule. Wegen beruflicher Verhinderung des Herrn Werner von Blamenthal müssen am kommenden Mittwoch und Donnerstag die Uebungen im lautreinen Sprechen und Vortragskunst ausfallen. Sie werden am 19. bzw. 20. Dezember wieder fortgesetzt, und zwar unter Leitung des wieder zurückgekehrten Fräuleins Friederike Stritt.

Ernst Thieme: Kunsterziehung. Donnerstag den 13. Dezember. Schlußabend der kunsterzieherischen Arbeitsgemeinschaft. (Lehrabschnitt V.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19231211/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Diese Woche besonders billige Seefischpreise

Große Zufuhren Seelachs, Kabeljau, Schellfisch, Goldbarsch usw. [f 370

Dresdner Fischhallen
Webergasse 17, Ecke Quergasse. Tel. 21 034. 20 736.

Wilder Endstation Linie 6. **Mann**
Jeden Sonntag, nachmittags 4 Uhr, jeden Mittwoch, ab 7 Uhr
Ball-Abende

Tüchtig. Maschinenwender oder Einstecher
sofort in dauernde Stellung gesucht.
Schuhfabrik C. E. Sander, G.m.b.H.
Zittau, Wolfestraße 9a und 9b. [f 688

Der grüne Film
Ein Wanderbuch v. Edgar Hahewale, wieder neu erschienen!
Volksbuchhandlung

Schuhbedarfsartikel- und Lederhandlung
Dresden-A., Jacobi-, Ecke Augsburger Straße
empfiehlt zu wieder sehr günstigen Preisen im
Ausschnitt feine echte Kernledersohlen
nach mitgebrachten Modellen, wodurch noch besonders verbilligt. [m 870

M-S Lichtspiele
Die Spur ins Dunkle
Ein kriminal-psychologisches Filmwerk, 6 Akte.
Hauptrolle:
Louis Ralph.
Ferner: [f 370
Um des Bruders willen.
Original-amerikanischer Sensations-Film, 2 Akte.

Akkumulatoren!
Erfahrene Kräfte für den Einbau von Elektroden in Hartgummi-, Zelluloid- und Glasgefäße sofort gesucht. [f 564
Venta A.-G.
Leipzig, Löseniger Str. 44.

½ umsonst die Ware!
Der Weg lohnt!
Wiederverkäufern Rabatt!
Tabakbörse
Arno Lederer
Am See 19 · Tel. 17986 [f 576
Sonntags vor Weihnachten geöffnet.

Durch die Drahtverhaue des Lebens
W. Reimes.
Volksbuchhandlung.

DIE BESTE QUALITÄT!
IN PRÄZISIONS-SCHNEIDWERKZEUGEN/ SPIRALBOHRER / GEWINDEBOHRER/ REIBAHLEN / FRÄSER / U. S. W.

FRITZ **SCHLEE**
AKTIENGESELLSCHAFT
DRESDEN-CHEMNITZ-LEIPZIG

Selbst die schwersten **Rad-Schäden** werden in unserer **Fahrrad-Werkstatt** schnell, zuverlässig u. preiswert behoben. Alte Räder werden neu.
Wir führen in unsern Ladengeschäften **Fahrrad-Zubehör** aller Art in bester Ausführung
Karl Winkler

Eine frische Tafel-Margarine
von 5 Pfd. an à 650 Milliarden. [f 577
Wettinerstraße 7, kein Laden, nur 1. Etage.

Urin-Untersuchung.
Kommen Sie zu mir zur Untersuchung und bringen Sie eine Flasche Ihres Morgen-Urins mit und ich sage, was und wo es Ihnen fehlt, und wie Sie durch Homöopathie und Naturheilkunde wieder, wie so viele andre auch, gesund werden können.
Sprechstunden in Dresden-Trachau, Wilder-Mann-Straße 20, jetzt am Donnerstag, nachm. v. 3 bis 7 Uhr, Freitag, vorm. v. 8 bis 12 u. nachm. v. 3 bis 7 Uhr, und dann regelmäßig alle 14 Tage.
[f 566] Paul Bohn, Heilkundiger.

Verkauf bis auf weiteres nur Jahnstraße 5

Neuer Schlager!
Burgwart-Stiefel
Paar 14.50 [f 528
Alle anderen Schuhwaren billigst.
Oestreich's Schuhhäuser
Jahnstr. 5, am Wettiner-Bahnhof.

Trauringe
à St. v. 3 Goldmark an. Uhren und Goldwaren bill.
Edmund Rudolph
Wettinerstr. 50. [f 394

Bestellungen
auf die Dresdner Volkszeitung
sämtl. Parteiliteratur
Annahme v. Inseraten
Emil Krämer
Bautzner Straße 91.

Reisekoffer
Aktentaschen [w 85
Lederwaren
Klepfer, Freiberger Straße 3.

Alte Schallplatten
tauscht gegen neue
Noack, Bürgerstr. 8

Bestellungen
auf die Dresdner Volkszeitung, sämtl. Parteiliteratur und Inserate nimmt entgegen
Kolporteur Ehrig
Dresden-Oberpoyritz
Wilsdruffer Str. 6b.

Sarrasani
Das glänzende Varieté-Programm
6 gr. Attraktionen
8 Uhr Beginn der
Rad-Rennen
Beginn der Entscheidungskämpfe
Sonnabend, 15., Sonntag, 16. Dezember 3 Uhr nachm.
Weihnachtsmärchen
Vorverkauf: Reka und Theaterkasse. [f 101

Das gute Buch als Weihnachtsgeschenk
besorgt ohne jeden Preisaufschlag
Georg Gnepper, Großenhainer Str. 133
Kolporteur der Dresdner Volkszeitung.

20 % billiger
für Grossisten u. Wiederverkäufer.
Zigaretten-Grossvertrieb
J. Sonnabend
Dürerstrasse 97.
Tel. 32 157.

Spül-Apparate
sämtliche Frauenartikel kauft man im Versandhaus „Diskret"
Freiberger Platz 8
Bestbestellte Frauenbedienung.) [f 587]

Centrale Sächsischer Mühlen-Vereinigungen, G.m.b.H.
Dresden, Bismarckplatz 11
Wirtschaftliche Organisation zum Zwecke einer Vertiefung der Beziehungen zwischen Erzeuger und Verbraucher und tunlichster Verbilligung der Fabrikate. — Die Verkaufsgesellschaft der Mühlen-Centralen Sachsen/Schlesien, G. m. b. H., Sitz Dresden, liefert Weizen- und Roggenmehle in anerkannt hochwertiger Qualität

Kaufhaus Gebh. Kohl & Co.
Freiberger Platz 22/24
Sämtliche Textilwaren
Spez.-Abt.: Damenhüte
Sehr große Auswahl, billige Preise

Residenz Kaufhaus
G. m. b. H.
Prager, Ecke Waisenhausstrasse
Das Kaufhaus für Alle

Paul B. Hübner
Bureau u. Ausstellung: Carolastraße 6, am Hauptbahnhof. Telephon 17 867. — Zweiglager: Hofmühlenstraße 11—13
Werkzeugmaschinen und Werkzeuge

D. Gleicher & Co.
Leinen- und Baumwollwaren-Grosshandel
Amalienstraße 4, I. Telephon 26 731

Wilhelm Kaufmann Textilwerke
Zentralverwaltung **Dresden** Bismarckplatz 1
(Wilhelm Kaufmann-Haus)
„Wekate"-Strick-, Stopf- und Häkelgarne
Imitatgarne, Strumpfgarne in Louisiana und Mako
Louisiana- und Mako-Zwirne
Fabrikhandtücher, Scheuertücher, Gurtil-Teppiche und Läufer

Geschäftliche Rundschau mit Bauerfahrplan
Ohne Gewähr! ▲ (Musterschutz.)
Abfahrt der Züge von Dresden (Hauptbahnhof) nach
Vorort Meißen: 3.15, 4.04, 4.56 (w.), 5.03, 5.12, 5.26 (w.), 5.47, 5.53, 6.15, 6.57 (w.), 7.25, 7.32, (w. b. Radeb.), 8.12, 9.43, 10.58, 11.32, 11.55, 12.26 (w. b. Cosw.), 12.43 (w.), 12.57 (n. a. l. W. jed. W.), 1.05, 2.15, 2.21, 3.08 (w., ausg. a. l. W. jed. W.), 3.23, 3.45 (bis Cosw.), 4.05, 4.33 (ausg. am letzt. W. jed. W.), 4.40, 4.50, 5.30 (w.), 5.35, 6.26, 7.25, 7.35, 8.15, 8.35, 9.16, 9.25 (w. bis Coswig), 10.32, 10.54, 12.25.
Vorortzüge bis Firna: 4.03 (ab Oktbr. n. w.), 5.23, 5.40 (w.), 6.16, 6.17, 6.32 (w.), 6.44 (w.), 7.00 (w.), 7.10 (L.), 7.18, 8.07, 8.50, 9.06 (w.), 10.06, 12.34, 1.11, 1.18, 1.47 (nur am letzt. W. jed. W.), 2.08, 3.12, 3.32, 3.55 (w.), 4.15 (w. bis Niedersedlitz), 4.40, 4.56 (w.), 5.43, 6.06, 6.18 (w.), 7.18, 7.44, 7.52, 9.30 (w.), 10.05, 10.30, 11.00, 12.00.

Hedwig Heer
41 Prager Strasse 41
Kleider—Mäntel—Kostüme—Pelze

Franz Pokorny
Dresden-A., Wettinerstrasse 14
Telegramm-Adresse: Textilpokorny — Fernsprecher: 17515
Baumwollwaren-Großhandlung
— Eigene Ausrüstung —

Alsberg
Wilsdrufferstrasse 6-8-10.
Maßgebendes Kaufhaus für Damen- und Herren-Mode-Artikel

Trinkt Thürmer-Kaffee!
Verlangt Original-Packungen!

Blusen-Ecke
Seestrasse, Ecke Webergasse am Altmarkt
Blusen Kleider Röcke

Café Altmarkt
Nachmittags-Konzert mit Stimmungs-Einlage

Wäschefabrik Hugo Nathansohn
Palmstraße 1 DRESDEN Palmstraße 1
Damenhemden — Beinkleider — Prinzeßröcke

Strumpfwaren
Trikotagen
Garne
Wollwaren
Gebrüder Leopold
Marienstrasse 1

Posner & Co.
Prager Straße 32
Maßschneiderei

Siegmund Lang
Dresden, Marschallstraße 1
Tuchgroßhandlung

Messow & Waldschmidt
Wilsdruffer Straße 11—13
Stets vorteilhafte Angebote in sämtlichen Textilwaren

Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein
25 Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

Wollwarenhaus „Saxonia"
Dresden, Wilsdruffer Strasse 46
Spezialhaus
für Strumpfwaren, Handschuhe, Trikotagen, Wollwaren, Wäsche, Schürzen, Herren-Artikel, Strick- u. Häkelgarne

Curt Arndt
Trikotagen-, Baumwollwaren-Großhandlung, Fabriklager der Wäschefabrik „Saxonia", A.-G., Pulsnitz i. Sa.
Neumarkt 11 Tel. 18 652

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19231211/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sachsen

Die Uebergriffe des Wehrkreiskommandos

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat an die Regierung folgende Anfragen gerichtet:

1. Ist es richtig, daß Beamte der sächsischen Regierung vom Wehrkreiskommando in Schutzhaft genommen worden sind, weil sie Aufträge der sächsischen Regierung durchgeführt haben?

2. Ist es richtig, daß das Wehrkreiskommando aus der Polizei Beamte wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung entläßt oder ihres Dienstes enthebt?

Was hat die Regierung dagegen getan und wie will sie die Beamten gegen diesen unerhörten Gesinnungsterror schützen?

3. Ist es Tatsache, daß Beamte, die vom Wehrkreiskommando ihres Amtes enthoben worden sind, durch ein Verbot des Wehrkreiskommandos nicht anderweit beschäftigt werden dürfen, so daß der Staat die Gehälter ohne Gegenleistung der Beamten zahlen muß.

4. Ist es Tatsache, daß die sogenannte Hilfspolizei als eine geschlossene Polizeiformation unabhängig von der grünen Staatspolizei eingerichtet wird?

Wer bezahlt die Kosten dieser Hilfspolizei?

5. Ist es Tatsache, daß aus dieser Hilfspolizei sozialistisch, sowie demokratisch Gesinnte ferngehalten, dafür aber ausgesprochene Rechtsradikale aufgenommen werden?

Ist es Tatsache, daß das Wehrkreiskommando rechtswidrig in die Zivilgewalt des Staates eingreift, Beamte wegen ihrer republikanischen Gesinnung entläßt und Beförderung reaktionärer Beamten vornimmt?

Was hat die Regierung gegen diese Uebergriffe des Wehrkreiskommandos getan?

6. Durch die Presse wurde behauptet, die Mißhandlungen der republikanischen Bevölkerung durch die Reichswehr seien viel harmloser, als bisher von der Regierung dargestellt wurde.

Ist die Regierung bereit, im Landtage alle Fälle von Mißhandlungen der Zivilbevölkerung durch die Reichswehr vorzutragen?

Reichswehrmusik zu Stahlhelmfesten

Am 30. November fand in Rochlitz ein vaterländischer Abend der Ortsgruppe Stahlhelm und Werwolf statt. Hierbei hielt der nationalsozialistische Propagandist Düsterberg eine Rede, in der mit allem Nachdruck betont wurde, daß Deutschland nur „durch einen Befreiungskrieg aus der Sklaverei herauskommen könne". Und die Reichswehr lieferte den musikalischen Teil dieser Veranstaltung. Wie will die Reichswehr dies mit ihrer Aufgabe, die republikanische Verfassung zu schützen, in Einklang bringen? Düsterberg ist derselbe Herr, der in der Wurzener vaterländischen Veranstaltung die Festrede hielt. In dieser Wurzener Veranstaltung wurden bekanntlich Polizeibeamte schimpflich behandelt und an die Luft gesetzt, weil sie beim Absingen des Ehrhardtliedes, dessen Refrain lautet: „Haut sie raus, die Judenrepublik!", sich nicht von ihren Plätzen erhoben. Der Stahlhelm ist verboten. Den maßgebenden Reichswehrstellen konnte unmöglich unbekannt sein, welche schwerwiegenden Gründe zu einem Vorgehen gegen diese Vereinigung vorlagen. Wenn trotzdem geduldet wird, daß eine Reichswehrkapelle die republikfeindliche Veranstaltung dieser Organisationen mit Musik umrahmt, so ist das ein Verhalten, das bei jedem Republikaner die schärfste Verurteilung finden muß. Und dem Reichswehrkommando kann doch auch nicht unbekannt sein, wie sein Chef, der General v. Seeckt, über die Möglichkeiten eines Befreiungskrieges denkt, daß er es für blühenden Unsinn hält, irgendwie daran zu denken, durch bewaffnete Erhebung gegen die Entente oder auch nur gegen Frankreich und Belgien „aus der Sklaverei herauszukommen". Demnach sollte auch die Reichswehr besorgt sein, daß Veranstaltungen, bei denen Leute vom Schlage Düsterbergs rednerisch auftreten, nicht von Reichswehrangehörigen besucht werden.

Erwerbslosenunterstützung und Reichszuschüsse

Der Sächsische Gemeindetag widerspricht nachdrücklich einem überstürzten Abbau der Erwerbslosenunterstützung und einem Wegfalle der Reichs- und Landeszuschüsse.

Die in der letzten Woche gezahlten Sätze stellten das Minimum dessen dar, was die Erwerbslosen zur Fristung des Lebens brauchten. Ihre Herabminderung darf nur in dem Maße stattfinden, in dem sich die Lebenshaltungskosten ermäßigen. Auf die besonderen Verhältnisse der Industrieländer, zu denen Sachsen in hervorragendem Maße gehört, muß das Reich gebührende Rücksicht nehmen. Der Gemeindetag weist darauf hin, daß das Aufhören einer notdürftig ausreichenden Unterstützung die tatsächliche Katastrophe zur unvermeidlichen Folge haben würde. Namens der Gemeinden verwahrt sich der Gemeindetag dagegen, daß die Gemeinden als die Nächstbetroffenen einer solchen Katastrophe preisgegeben werden. Er lehnt jede Verantwortung der Gemeinden für die eintretenden Folgen mit allem Nachdruck ab.

Erwerbslosenunruhen in Grimma

In Grimma kam es am 4. Dezember dadurch zu Erwerbslosentumulten, daß die Stadtverwaltung sich mangels Zahlungsmitteln außerstande sah, die fälligen Unterstützungen auszuzahlen. In einem Demonstrationszuge zogen zahlreiche Erwerbslose vor die Amtshauptmannschaft. Später drangen junge Burschen in ein Geschäft ein und verlangten Lebensmittel. Der Besitzer mußte unter dem Zwange der Verhältnisse 2 Pfund Schmalz kostenlos aushändigen. Da die Polizei zu schwach war, die Ruhe wieder herzustellen, griff Reichswehr ein, die dann bis spät in die Nacht hinein einen Patrouillendienst aufrechterhielt.

Die Einstellung der Steuerverteilungen

Die vom Reiche in letzter Zeit auf den Landesanteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer (für Staat und Gemeinden zusammen) sowie auf den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer an das Finanzministerium abgelieferten Beträge sind, in Goldmark umgerechnet, derart geringfügig, daß bei einer Verteilung unter die Gemeinden auf die größte Anzahl der Gemeinden, in Goldmark umgerechnet, nur noch Pfennigbeträge oder sogar Bruchteile von Pfennigbeträgen entfallen würden. Die Kosten der Verteilung würden teilweise die zu verteilenden Beträge weit übersteigen. Eine finanzielle Hilfe könnte den Gemeinden durch eine Verteilung der ihnen zukommenden Steueranteile nicht gebracht werden. Mit Rücksicht hierauf hat das Finanzministerium, da auch der Sächsische Gemeindetag dies dringend angeregt hat, bis zur Ansammlung größerer Beträge von einer Verteilung von Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteueranteilen unter die Gemeinden und Bezirksverbände abgesehen. Die den Gemeinden und Bezirksverbänden zukommenden Anteile sind sofort nach Eingang beim Staate wertbeständig angelegt worden, so daß den Gemeinden aus einer etwa eintretenden weiteren Entwertung der Papiermark Verluste nicht entstehen.

Die Erhebung der Landeskulturrenten wird vorläufig eingestellt

(N) Mit Rücksicht auf das Urteil des Reichsgerichts über die Aufwertung der Hypotheken ist auch eine Aufwertung der Landeskulturrenten zu erwarten. Nach einer Bekanntmachung in der Sächsischen Staatszeitung hat die Landeskulturrentenbank die Gemeinden ersucht, bis auf weiteres von der Erhebung der Landeskulturrenten abzusehen. Besteht jemand auf Zahlung seiner Rente, so hat die Hebebehörde die Zahlung zwar anzunehmen, aber die weiteren Rechte der Landeskulturrentenbank ausdrücklich vorzubehalten und dies in der Quittung zu vermerken.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen vom 2.—8. Dezember

Der Arbeitsmarkt in Sachsen hat in dieser Berichtswoche seit langer Zeit erstmalig wieder eine leichte Besserung zu verzeichnen. Wenn dies auch in einzelnen Berufsgruppen, wie z. B. in der Süßwaren-, in der Möbel- und Pianoforte-Industrie, zunächst dem nahenden Weihnachtsfeste zuzuschreiben sein dürfte, so ist doch aus den Berichten verschiedener Arbeitsnachweise zu erkennen, daß sich im allgemeinen eine beginnende Belebung des Wirtschaftslebens bemerkbar macht, was vor allem dadurch zum Ausdruck kommt, daß stillgelegte Betriebe der Hauptindustrien, insbesondere der Metall- und Textilbranche, die Arbeit nach und nach wieder aufnehmen und kurzarbeitende Betriebe wieder zur Vollarbeit übergehen. Ausgesprochen schlecht blieb eigentlich in dieser Berichtswoche nur die Arbeitsmarktlage im Bau-, Gastwirts- und Bekleidungsgewerbe, in der Industrie der Steine und Erden, in der Gruppe für häusliche Dienste, für ungelernte Arbeiter sowie für kaufmännische und Bureauangestellte. In den letzten beiden Berufsgruppen dürfte auch in nächster Zeit noch mit einem ganz erheblichen Zugang an Erwerbslosen zu rechnen sein, da zahlreiche Banken einem Teil ihres Personals für Ende dieses Jahres gekündigt haben und von diesem Zeitpunkt an auch bereits verschiedene Behörden einen Teil ihrer Angestellten auf Grund des Abbaugesetzes zur Entlassung bringen.

Dresdner Chronik

Die Zwangsarbeit der Erwerbslosen

Ueber die Pflichtarbeit der Erwerbslosen und die vom Direktor Dr. Nerschmann vom Arbeitsnachweis Dresden bekanntgegebenen Bestimmungen herrscht nicht nur unter den Erwerbslosen selbst, sondern auch in den Reihen der Arbeitenden begreifliche Erregung. Auch die Gewerkschaften haben ja, wie wir bereits mitteilten, diese Art Pflichtarbeit abgelehnt. Nachstehend veröffentlichen wir die Meinung eines erwerbslosen Genossen, die wir aus der langen Reihe Klagen, die uns in den letzten Tagen geworden sind, herausgegriffen haben. Die Verordnung über die Pflichtarbeit birgt in der Tat ungeheure Gefahren für die gesamte Arbeiterschaft in sich, so daß schnellstens zu vollständiger Umänderung geschritten werden muß. In der Zuschrift heißt es:

Während bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge, mit der man in einer Reihe von Gemeinden gute Erfahrungen gemacht hat, die Mittel dazu durch Reich, Staat und Gemeinden bestritten wurden, versucht man diesen Zustand jetzt dadurch zu beseitigen, daß bei der Pflichtarbeit der Erwerbslose bedeutend unter Tarif arbeitet, er kommt fast dem Sklaven gleich. Der Grund zu solchem Vorgehen ist in der Sparabsicht des Reiches zu suchen. Die Verordnung über die Pflichtarbeit verlangt in § 0 von den Erwerbslosen eine Arbeitsleistung. Der größte Teil der Erwerbslosen verlangt Arbeit, verlangt aber auch tarifliche Löhne, denn er ist nicht schuld daran, daß er auf der Straße liegt. Weigert sich der Erwerbslose, durch die Pflichtarbeit den Lohndrücker zu machen, so gibt man ihn dem Verhungern preis. Die Verordnung besagt weiter, die Pflichtarbeit muß gemeinnützig sein. Sogar von privaten Unternehmern geleistete gemeinnützige Arbeit, die ohne Verdienst für den Unternehmer hergestellt wird, kann ausgeführt werden. Es mag zum Teil zutreffen, daß Straßen, Fußwege, Schleusenarbeiten, Grubenumbauten sowie Verbesserungen und Instandsetzungen von Staats- und Gemeindegrundstücken als gemeinnützig angesehen werden können. Keinesfalls aber darf der Erwerbslose dabei als Lohndrücker auftreten. Hierin liegt eine große Gefahr für die Arbeiterschaft. Wer aber weist nun dem privaten Unternehmer nach, daß er ohne Verdienst diese Arbeiten herstellt und wie weit geht der Begriff Gemeinnützigkeit? Man wird dem Unternehmer einen Teil Geschäftsregie zusprechen und dadurch schon einen Teil des Verdienstausfalles decken.

Mit Recht haben sich die Dresdner Gewerkschaften gegen die von Herrn Direktor Dr. Nerschmann veröffentlichten Ausführungsbestimmungen gewandt. Es ist ein Unding, die Erwerbslosen zu wöchentlich 20 Stunden Pflichtarbeit einzuspannen, während bei tariflicher Entlohnung die Erwerbslosenunterstützung mit 9 Stunden nach dem Tarif der Gemeinde- und Staatsarbeiter abgegolten ist. Abgesehen von der in einem solchen System liegenden Gefahr des Drückens der Löhne, sind die Erwerbslosen bei ihrer kärglichen Kost, zu der die paar Pfennige Unterstützung gerade langen, gar nicht in der Lage, auf die Dauer die teilweise sehr schwere Arbeit in diesem Umfange zu leisten. Glaubt vielleicht Herr Dr. Nerschmann, daß es für die Erwerbslosen ein erhebendes Gefühl ist, auf demselben Arbeitsplatze die gleiche Arbeit neben tariflich vollbezahlten Arbeitern leisten zu müssen zu einer durch die Dauer der Pflichtarbeit bedingten miserablen Entlohnung? Zu einer moralischen Festigung der erwerbslosen „Pflichtarbeiter" trägt ein solches System sicherlich nicht bei.

Absatz 10 der Grundsätze besagt, daß Arbeitskleidung nicht gewährt wird. Wie stellt man sich das vor bei einem, der durch lange Arbeitslosigkeit an Kleidungsstücken heruntergekommen ist? Oder glaubt man, daß die Erwerbslosenunterstützung noch zum Anschaffen von Kleidern und Schuhen ausgereicht hat? Die Unterstützung ist so bemessen, daß sich der Erwerbslose nicht satt essen kann. Unterernährung, an Kleidung und Schuhwerk heruntergekommen und 20 Stunden Pflichtarbeit mit einem Stück trockenem Brot in der Tasche, das ist einfach unmöglich. Alle solche Flickwerke von Gesetzen und Verordnungen taugen nichts und helfen der Lage der Arbeiter nicht. Dringend notwendig ist Wohnungsbau. Zur Beseitigung des Wohnungselends werden viele Arbeitskräfte gebraucht. Zahlt richtige Löhne und schafft produktive Werte. Welcher Hohn steht doch im Schlußsatz dieser Grundsätze, wenn es heißt: „Es wird von niemand mehr als von den Erwerbslosen selbst begrüßt werden, daß ihnen, solange der freie Arbeitsmarkt eine hinreichende Arbeitsmöglichkeit nicht bietet, Gelegenheit gegeben wird, sich für die empfangene Erwerbslosenunterstützung bei gemeinnützigen Arbeiten zu betätigen." Jawohl, wir Erwerbslosen wollen arbeiten, aber nicht unter diesen Grundsätzen und als Lohnsklaven. Wir fordern Arbeit und richtige Bezahlung!

Die „hohen" Verwaltungskosten der O.K.K.

Von der Dresdner Ortskrankenkasse ist die nachstehende Erwiderung auf die Angriffe der hiesigen Aerztevereine an die Dresdner Presse geschickt worden:

Die in der bürgerlichen Presse in letzter Zeit veröffentlichten Darstellungen des Aerztevereins zur Frage des Aerztestreiks sind geeignet, in der Oeffentlichkeit den Eindruck hervorzurufen, daß ein außerordentlich großer Teil der Ausgaben der Dresdner Ortskrankenkasse zur Besoldung der Angestellten aufgebraucht und dadurch eine ausreichende Bezahlung der Aerzte unmöglich gemacht würde. Es wird angeführt, daß im Monat Oktober die Aerzte 16,6 Prozent der Kassenausgaben erhalten hätten, während auf die Angestellten 38 Prozent entfallen seien.

Abgesehen davon, daß diese Angaben äußerst lückenhaft sind, ist darauf hinzuweisen, daß aus der Gegenüberstellung einiger Zahlen aus einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum, in dem sich die Geldverhältnisse geradezu überstürzten, unmöglich ein objektives Bild gewonnen werden kann. Vergleicht man beispielsweise die Ziffern, die einen größeren Zeitraum (die Monate Januar bis September 1923) umfassen, so zeigt sich, daß die Kosten für die persönliche Verwaltung nur 13,6 Prozent, die Aufwendungen für Arzthonorare dagegen 42,4 Prozent der Kassenausgaben betragen. Aber auf objektive Berichterstattung kommt es den Aerzten offenbar nicht an. Das haben sie vor kurzem mit der Behauptung in der Presse bewiesen, in dem „Palast am

---

18

Wolfsblut

Von Jack London

Wie die meisten Geschöpfe der Wildnis lernte es früh den Hunger kennen. Es kam eine Zeit, wo das Fleisch nicht nur mangelte, sondern wo auch die Milch in der Mutterbrust versiegte. Zuerst winselten und schrien die Jungen, es dauerte jedoch nicht lange, so überkam sie die Sucht zu schlafen, und nun schlummerten sie meistens. Da gab es kein Spiel mehr, keinen Zank, keine drolligen Wutanfälle, keinen Versuch zu knurren, auch hörten die Wanderungen auf Abenteuer nach der fernen, weißen Wand auf. Die Jungen schliefen, während das Leben nur schwach in ihnen glimmte und allmählich niedersank. Einauge war der Verzweiflung nah. Er suchte weit und breit, er schlief nur noch wenig im Lager, das nun elend und trübselig geworden war. In den ersten Tagen nach der Geburt der Jungen war Einauge mehrmals zum Indianerlager hingewandert und hatte Kaninchen aus den Schlingen gestohlen, als aber der Schnee schmolz und die Ströme auftauten, zogen die Indianer fort, und auch diese Nahrungsquelle versiegte.

Als das graue Junge wieder ins Leben zurückkehrte und an der fernen, weißen Wand Interesse zeigte, fand es die Bevölkerung seiner Welt sehr zusammengeschrumpft. Nur noch eins der Geschwister war übrig, alle andern waren fort; und als es wieder kräftiger wurde, war es gezwungen, allein zu spielen, denn auch die letzte Schwester lief nicht mehr herum und hob nicht einmal mehr den Kopf empor. Zwar wurde sein Körperchen durch das Fleisch, das er nun bekam, runder, allein für jene war die Nahrungsfülle zu spät gekommen. Sie schlief nur noch, ein winziges Skelett aus Haut und Knochen, in dem die Lebensflamme schwach und schwächer flackerte und endlich ausging.

Dann kam eine Zeit, wo das graue Wölflein den Vater in der Wand nicht mehr erscheinen und verschwinden sah, wo er sich nicht mehr am Eingange zum Schlafe niederlegte. Dies geschah am Ende einer zweiten, doch weniger harten Hungersnot. Die Wölfin wußte, warum Einauge nicht zurückgekommen sei, allein wie sollte sie das, was sie gesehen hatte, dem grauen Jungen mitteilen? Denn als sie selber die linke Gabel des Flusses nach Beute hinaufgegangen war, da hatte sie dort, wo die Luchsin wohnte, Einauges einen Tag alte Spur gefunden und am Ende derselben alles, was von ihm übrig war. Es waren da noch viele Zeichen des Kampfes, der ausgefochten worden war, und des Rückzuges der Luchsin in ihr Lager nach gewonnenem Siege, vorhanden. Bevor die Wölfin umkehrte, hatte sie dies Lager gefunden, aber es waren sichere Anzeichen da, daß die Luchsin drinnen sei, und so hatte sie sich nicht hineingewagt.

Danach vermied die Wölfin den linken Flußarm auf ihren Jagdzügen. Sie wußte wohl, daß in dem Lager der Luchsin Junge wären, und sie kannte jene als ein starkes, heimtückisches Geschöpf und als eine tüchtige Streitkraft. Zwar hätten ein halb Dutzend Wölfe einen fauchenden Luchs vor sich her auf einen Baum hinauftreiben können, doch für einen Wolf allein war es eine gefährliche Sache, es mit einer Luchsin aufzunehmen, die Junge hatte.

Aber Wildnis bleibt Wildnis, und die Mutterliebe bleibt die schützende, verteidigende Liebe, ob in der Wildnis oder außerhalb derselben, und es sollte eine Zeit kommen, wo die Wölfin sich um des grauen Jungen willen auch den linken Flußarm hinaufwagen und dem Lager in den Felsen und dem Zorn der Luchsin Trotz bieten sollte.

Die Wand der Außenwelt

Um die Zeit, da die Mutter anfing, zu ihren Jagdzügen die Höhle zu verlassen hatte das graue Junge sich das Verbot, den Eingang zu meiden, wohl gemerkt. Nicht nur war ihm dasselbe von der mütterlichen Nase und Pfote häufig nachdrücklich eingeschärft worden, sondern in ihm hatte sich auch der Instinkt der Furcht entwickelt. Allerdings war in seinem kurzen Leben in der Höhle nie etwas passiert, was ihm Furcht eingejagt hätte, dennoch war das Gefühl da, war ihm von Tausenden seiner Vorfahren vererbt worden. Direkt war es Erbschaft von Einauge und der Wölfin, allein sie hatten es von all den Generationen von Wölfen geerbt, die vor ihnen gelebt hatten. Furcht — das Erbe der Wildnis, dem kein Geschöpf entgeht — kann nicht für ein Gericht Linsen veräußert werden.

So kam es, daß es, dem Gebot der Mutter und dem Gesetz jenes geheimnisvollen Schrecknisses, der Furcht, gehorsam sich von dem Eingang der Höhle fernhielt. Diese blieb für ihn die weiße, lichte Wand. War die Mutter abwesend, so schlief es die meiste Zeit, und in den Zwischenzeiten verhielt es sich ruhig, indem es den Kitzel im Halse unterdrückte, der sich in winselnden Tönen Luft machen wollte.

Als es so einst wachend dalag, hörte es in der weißen Wand einen seltsamen Ton. Es wußte nicht, daß ein Vielfraß draußen stände und zitternd ob der eigenen Kühnheit vorsichtig den Inhalt der Höhle beschnupperte. Das Wölflein wußte nur, daß der Ton seltsam klänge wie etwas, was es noch nie gehört hätte, und darum war es für ihn voller Schrecken, denn das Unbekannte vor allem flößte ihm Furcht ein.

Das Haar auf seinem Rücken richtete sich lautlos empor. Was wußte es davon, daß bei irgendeinem Ton sein Haar sich emporrichten sollte? Das war kein angeborener Instinkt, nur der sichtbare Ausdruck der ihm innewohnenden Furcht, für die es in seinem Leben keine Erklärung gab. Auch war die Furcht von einem weiteren Instinkt, dem, sich zu verbergen, begleitet. Das Wölflein war außer sich vor Schreck, doch blieb es so regungslos und still, als ob es versteinert oder tot wäre. Als die Mutter heimkam knurrte sie, als sie die Spur des Vielfraßes fand. Sie eilte in die Höhle und leckte und liebkoste ihr Junges voll ungewöhnlicher Zärtlichkeit, und dieses fühlte, daß es einer großen, unbekannten Gefahr entgangen sei.

Aber noch andre Kräfte arbeiteten in dem jungen Wolfe, vor allem seine zunehmende Stärke. Instinkt und mütterliches Verbot verlangten von ihm Gehorsam, aber sein Wachstum drängte ihn zum Ungehorsam. Die Mutter und seine Furcht warnten ihn vor der weißen Wand, aber Wachstum ist Leben und das Leben strebt von jeher nach dem Lichte. Die wachsende Lebenskraft in ihm ließ sich nicht mehr eindämmen, sie stieg mit jedem Bissen, den es aß, mit jedem Atemzug, den es tat, und am Ende wurden Furcht und Gehorsam eines Tages von dem Lebensdrange weggefegt, und das Wölflein schritt wackelnd und breitbeinig dem Eingang zu.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19231211/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sternplatz" seien „über 200 Angestellte" zuviel beschäftigt. Gewiß ist es nötig, die Verwaltungskosten, die bei allen öffentlichen und privaten Verwaltungen durch die Papiergeldwirtschaft stark aufgebläht worden sind, so weit wie irgend möglich herabzumindern. Voraussetzung dafür ist aber, daß durch reichsgesetzliche Maßnahmen, die seit langem von den Krankenkassen gefordert werden, eine Vereinfachung und Vereinheitlichung in der deutschen Sozialversicherung durchgeführt wird. Trotzdem soll — wie bei Reich, Staat und Gemeinde — auch bei den Krankenkassen ein Personalabbau vorgenommen werden.

Daß sich die wirtschaftliche Lage der Aerzte verschlechtert hat, wird durchaus nicht bestritten. Aber das teilen die Aerzte mit dem größten Teil der Bevölkerung. Diese Tatsache ist vor allem darauf zurückzuführen, daß infolge der gestiegenen Behandlungskosten die Privatpraxis der Aerzte fast ganz aufgehört hat. Denn auf eigene Kosten kann sich heute fast niemand mehr vom Arzte behandeln lassen. Diesen Verdienstausfall glauben die Aerzte dadurch ausgleichen zu können, daß sie verlangen, sämtlich zur Kassenpraxis zugelassen und bezahlt zu werden. Hier liegt auch der eigentliche Grund der ärztlichen Kampfmaßnahmen gegen die Krankenkassen.

Aerzte, die nicht voll beschäftigt sind, können natürlich auch durch die Kassenpraxis keine volle Existenz finden. Das beweist aber nicht, daß die Bezahlung für die einzelnen ärztlichen Leistungen mangelhaft sei. Jedenfalls ist das Rechnungsexempel, daß 140 ärztliche Beratungen nötig seien, um den Preis eines Brotes zu erhalten, glatt aus der Luft gegriffen. Tatsache ist, daß zur Zeit für eine einzige ärztliche Beratung 1 Billion 500 Milliarden Mark gezahlt werden. Ein Betrag, für den man fast zwei Brote kaufen kann. Ein Besuch des Arztes in der Wohnung des Kranken kostet das Doppelte. Bei Beratung von täglich nur 20 Patienten und 5 Krankenbesuchen kommt hiernach ein Arzt auf ein Honorar von 45 Goldmark, wobei nicht berücksichtigt ist, daß verrichtete Sonderleistungen mit dem Vielfachen der Beratungsgebühr abgegolten werden. Es steht aber fest, daß manche Aerzte täglich eine weit größere Zahl von Kranken behandeln. Ein nur einigermaßen beschäftigter Arzt hat danach ein weit höheres Einkommen als selbst akademisch gebildete höhere Beamte in den höchsten Gehaltsgruppen.

Tatsächlich haben auch die Angestellten ihre Bezüge fast immer verspätet in entwertetem Geld erhalten können, weil die Einnahmen der Krankenkasse durch Arzthonorare und Apothekerforderungen aufgebraucht wurden, und es ist vorgekommen, daß gerade im Monat Oktober die an die Angestellten ausgezahlten Gehälter zeitweise noch nicht einmal die Höhe der Erwerbslosenunterstützung erreichten. Im übrigen genügt es, darauf hinzuweisen, daß die Krankenkassenangestellten nach den Sätzen der staatlichen Besoldungsordnung bezahlt werden, von denen selbst ein Vertreter der Reichsregierung kürzlich erklärte, daß sie zum Teil noch nicht einmal das Existenzminimum erreichten.

Schwere Strafen für Plünderer

Am Montag standen wieder drei Teilnehmer an Teuerungsdemonstrationen vor den Geschworenen: der 23 Jahre alte Bäcker Erich Walter Z., der 20 Jahre alte Eisendreher Max Bruno W. und der erste 18 Jahre alte, aber schon wiederholt vorbestrafte Arbeiter Rudolf Walter W. Allen dreien wurde schwerer Landfriedensbruch zur Last gelegt. Die beiden erstgenannten Angeklagten befanden sich am 17. Oktober unter jener Menschenmenge, die am Bahnhof Wettinerstraße einen mit Margarine beladenen Wagen plünderte. Die Margarine sollte in einen Keller eingelagert werden. Irgend jemand hatte erzählt, es sei Schieberware, die Margarine sollte erst verkauft werden, wenn die Preise genügend in die Höhe gegangen seien. Dieses Gerücht führte zu Ansammlungen um den Wagen, der schließlich geplündert wurde. Von der erregten Menge wurden ungefähr 180 Kartons zu je 20 Pfund Margarine weggeschleppt. Auch die beiden erstgenannten Angeklagten, die ein jeder sieben Geschwister haben, nahmen je einen Karton Margarine an sich. Sie wurden aber von einem Radfahrer verfolgt und festgenommen.

Der dritte Angeklagte war am 18. Oktober mit einer wegen der herrschenden Teuerung sehr erregten Menschenmenge in der Friedrichstadt herumgezogen. Es wurden dabei verschiedene Geschäfte heimgesucht. Der Angeklagte W. war mit andern Personen auf der Weißeritzstraße in einen Zigarrenladen gestürmt und hatte sich zwei Schachteln Zigaretten genommen. Er wurde später in der Schäferstraße von der Polizei festgenommen, die ihm die Zigaretten wieder abnahm.

Bei allen drei Angeklagten bejahten die Geschworenen die Schuldfragen auf schweren Landfriedensbruch und dabei begangener Plünderung, hielten aber mildernde Umstände für vorliegend. Dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend ging das Gericht bei allen drei Angeklagten über die Mindeststrafe von 6 Monaten hinaus und erkannte auf je 7 Monate Gefängnis.

Die Ermäßigungen beim Steuerabzug. Vom Landesfinanzamte wird mitgeteilt: Die Verhältniszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn beträgt, wie schon kurz berichtet, vom 9. Dezember an unverändert wie in der Vorwoche das Achthundertfünfzigtausendfache der in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungssätze. Die Wochenermäßigungen berechnen sich hiernach für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau auf je 146 880 Millionen Mark, für jedes minderjährige Kind auf 979 200 Millionen Mark und für Werbungskosten auf 1234 Milliarden Mark. Der im Wege des Steuerabzuges einzubehaltende Betrag ist in allen Fällen auf volle zehn Milliarden nach unten abzurunden.

Möbel für jedermanns Bedarf sind, wie uns geschrieben wird, in den Gemeinnützigen Deutschen Hausratwerken in Dresden, am Neustädter Markt 8, Fernruf 29 220, ausgestellt, die mustergültig und zweckmäßig gearbeitet und von einfacher, aber schöner Form sind. Sie stehen einzeln und zu Zimmern zusammengestellt roh zur Schau, so daß jeder Hausratbedürftige nach seinem Gefallen ihren Beizton oder ihre Lackfarbe selbst bestimmen kann. Man sichert sich davon, was man haben will, dadurch, daß man die Hälfte des an sich geringen Preises anzahlt. Die andre Hälfte zahlt man dann in bequemen Raten innerhalb 6 Wochen oder auch — auf Antrag — binnen 6 Monaten ab. Wer die für die Anzahlung notwendige Summe nicht beisammen hat, benutzt die Sparkasse der Hausrathilfestelle. Diese steht unter Leitung und Aufsicht von staatlichen Organen. Man zahlt in Papier oder auch in Goldmark ein, was man gerade erübrigen kann und wann man es gerade kan. Mindestsatz ist etwa ein halber Dollar-Wert. Die Sparkasse legt die Beträge sofort in Holz an und stellt sie dadurch dem Einzahler sicher. Die wertbeständigen Quittungen nimmt dann die Hausrathilfestelle in Zahlung. So kann sich jeder Posten für Posten ein Möbelstück zusammensparen und Stück für Stück ein Zimmer. Die notwendigen Möbel kann in Sachsen jeder haben. Es gibt eine Hausrathilfestelle. Sie erteilt auch gern jede Auskunft.

Der kreditlose Zustand zwischen dem Dresdner Apothekerverein und der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Dresden ist durch neue Vereinbarung beendet worden, so daß die Krankenkassenmitglieder ab Montag den 10. Dezember die ihnen verordneten Arzneimittel in jeder Apotheke Dresdens und der Umgegend entnehmen können.

Uneingeschränkter Schalterdienst. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Nachdem eine weitere Entspannung im Geldüberweisungsverkehr eingetreten ist, werden die Postanstalten gewöhnliche und telegraphische Postanweisungen und Zahlkarten während der üblichen Schalterdienststunden fortan wieder unbeschränkt ohne Erhebung einer Einlieferungsgebühr annehmen.

Falsches Notgeld. Von den Roggenbscheinen der Sächsischen Staatsbank über 5 Milliarden Mark (grün und violetter Druck) sind Fälschungen aufgetaucht, die dadurch leicht kenntlich sind, daß das Wasserzeichen fehlt (Achteck mit Stern), das wabenförmig das Papier der echten Scheine füllt. Vor Annahme wird gewarnt.

Wärmstuben für Kinder. Auf das kürzlich von uns veröffentlichte Gesuch des Hauptelternrates für die weltliche Schule über Einrichtung von Schulzimmern zu Wärmstuben für Kinder hat das Schulamt mitgeteilt, daß es durch Rundschreiben vom 16. November die Volksschulen zur Einrichtung solcher Wärmstuben angewiesen hat. Nun ist es Aufgabe der Elternräte, überall, wo es notwendig und durchführbar ist, die Einrichtung von Wärmstuben für Kinder zu fördern.

Dresdner Umgebung

Die Not in den Landstädten

Aehnlich wie in Radeberg, dessen Not wir kürzlich schilderten, liegen die Verhältnisse auch in Wilsdruff. In der letzten Sitzung des Stadtrates wurde festgestellt, daß genau 1402 Personen Erwerbslosenunterstützung beziehen. Die Gemeinde zählt rund 3700 Einwohner. **Es sind demnach ungefähr 40 Prozent aller Einwohner aus öffentlichen Mitteln zu unterhalten.** Vor einiger Zeit war die Zahl der Unterstützungbezieher noch höher, sie hat sich aus den jetzigen Stand verringert, weil eine Anzahl Betriebe vor dem Weihnachtsfeste einige Aufträge hat. In Wilsdruff ist die Möbelindustrie vorherrschend. Die Krise, die alle Betriebe der Holzindustrie binnen kurzem vollständig stillegte, setzte im August mit aller Schärfe ein, so daß der jetzige Stand der Unterstützungsempfänger seit jener Zeit besteht. Trotzdem die Stadtverwaltung alle Mittel angewandt hat, um den finanziellen Anforderungen, die sich überdies von Woche zu Woche steigerten, zu genügen, ist sie jetzt am Ende ihrer Kraft angelangt. Wilsdruff hat keinerlei eigenes Besitztum, nur ganz unbedeutenden Landbesitz und keine eigenen werbenden Betriebe, die einige Ueberschüsse für die notleidende Bevölkerung liefern könnten. Die Stadt ist in jeder Hinsicht auf die kärglichen Zuschüsse aus Reichs- und Landesmitteln und die kleinen Einnahmen aus einigen Sondersteuern angewiesen. Trotzdem ist versucht worden, die bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen aufrecht zu erhalten.

In der letzten Sitzung des Stadtrats mußte nun der Bürgermeister die Mitteilung machen, daß es nicht mehr möglich sei, **den Gemeindeanteil für die Sozialrentnerunterstützung zu bezahlen und daß außerdem vor Eingang ausreichender Gelder den Erwerbslosen keine Unterstützung gegeben werden könne. Die Erwerbslosen hätten am letzten Dienstag (4. Dezember) die letzte Unterstützung erhalten. Vor Sonnabend sei kaum daran zu denken, den Erwerbslosen etwas auszuzahlen.** Außerdem habe das Arbeitsministerium mitgeteilt, daß der sächsische Staat keine Zuschüsse zu den Erwerbslosenunterstützungen mehr geben könne und daß demzufolge eine Kürzung der Sätze um 20 Prozent erfolgen müsse.

Von unsern Genossen wurde trotz der verzweifelten Lage der städtischen Finanzen verlangt, daß nunmehr die letzten Mittel angewandt werden müßten, um die Erwerbslosen und Sozialrentner vor dem Verhungern zu schützen. Genosse Bombach wies darauf hin, daß sich die Bäcker vor einigen Wochen verschiedene Manipulationen bei der Preisgestaltung für Brot hätten zuschulden kommen lassen, die sie jetzt verpflichten, der notleidenden Bevölkerung Entgegenkommen zu zeigen. Ein Brot koste jetzt rund 70 Goldpfennig. Teilweise würden jedoch noch 75 Pfennig verlangt. Da aber einige Bäcker auch für 5½ Pfund Roggen ein Brot liefern, beantrage er, die Bäcker zu verpflichten, in Zukunft das Brot an die Erwerbslosen gegen die Ablieferung von 5 Pfund Roggenkörnern abzugeben. Bei den jetzigen Marktpreisen des Roggens komme dann ein Brot ungefähr auf 46 bis 50 Pfennig. Der Roggen müsse sofort von der Stadt in ausreichender Menge gekauft und den Bäckern zugestellt werden. Den Erwerbslosen sind Gutscheine auszustellen, die zum Roggenpreise nach und nach auf die Unterstützung angerechnet werden sollen. Auf diese Weise werde es möglich sein, bis zur Unterstützungsauszahlung den Minderbemittelten wenigstens den Brotankauf, und zwar zu wesentlich billigerem Preise, zu ermöglichen.

Der Antrag wurde angenommen, außerdem ein weiterer Antrag, in dem die Wirtschaftsabteilung beauftragt wird, sofort den Ankauf von Gefrierfleisch und Fettstoffen in größerem Maßstabe zu bewerkstelligen und diese Lebensmittel den Unterstützungsempfängern ohne jeden Aufschlag auszuhändigen. Es wurde weiter von unsern Genossen angeregt, daß gegen die Bäcker, die sich weigern, die Maßnahmen des Rates auszuführen, Zwangsmittel anzuwenden sind. Außerdem solle der Rat auf die Unternehmer hinwirken, daß sie, wo nur irgend Aussicht besteht, Leute zu beschäftigen, ihre Betriebe wieder in Gang setzen sollen.

In der Sitzung kam zum Ausdruck, daß mit diesen Maßnahmen, zu denen noch die Aufrechterhaltung der Volksküche kommt, die Erwerbslosen und Rentner nur vor dem Verhungern geschützt werden können, und daß es notwendig ist, daß durch eine schnelle und durchgreifende Umgestaltung unsres Steuerwesens den Gemeinden wieder die Mittel beschafft werden, deren sie bedürfen, um in Krisenzeiten die Hilfsbedürftigen über Wasser zu halten.

Niedersedlitz. Gemeindeverordnetenwahl. Die Wahlliste in Kartenform liegt von Sonntag den 16 Dezember acht Tage lang öffentlich in der Polizeiwache im Rathaus während der üblichen Dienststunden aus; Sonntags von 10 bis 12 Uhr. Jeder, der die Wahlliste für unvollständig und unrichtig hält, kann dies während der Auslegungszeit schriftlich beim Gemeindevorstand anzeigen oder zur Niederschrift in der Polizeiwache geben.

Oberwartha. Opferfreudiger Gemeinsinn. Um die bisher schuldenfreie Gemeinde vor der Aufnahme eines Darlehns zu bewahren, wurde in einer Versammlung, der fast alle Grundbesitzer beiwohnten, einstimmig beschlossen, eine besondere Steuer auf den Grundbesitz zu erheben, damit die Gemeinde ihren Verpflichtungen nachkommen kann. Ferner wurde der Gemeindevorstand auf Antrag aus der Versammlung ohne Aussprache ermächtigt, dieselbe Steuer wieder zu erheben, sobald die Finanzlage es erfordern würde. Durch diese Opferfreudigkeit der Grundbesitzer ist es also möglich, die bisher günstige Finanzlage der Gemeinde aufrecht zu erhalten. Wäre die Gemeinde gezwungen, ein Darlehn aufzunehmen, dann müßten auch die Minderbemittelten diese Lasten mittragen, wovor sie jetzt bewahrt bleiben.

Aus dem Parteileben

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Dresdens und Umgegend. Freitag, 3½ Uhr, Melanchthonstraße Vorstandssitzung. 4½ Uhr Hauptversammlung: Berichte des Vorsitzenden und Kassierers, Mitgliederwünsche. Die Grenze zwischen Sozialismus und Kommunismus (Weckel).

Erwerbslose, Vollaussetzer und Kurzarbeiter der V. C. P. D. Morgen Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, im Volkshaus, Saal 1, Fraktionsversammlung mit Vortrag des Genossen Kirchhof über die Pflichtarbeit. Außer der Erwerbslosenkarte ist als Legitimation unbedingt das Parteibuch mitzubringen.

Arbeiterwohlfahrtsausschuß (Fachausschuß Kinderschutzkommission). Die Wanderungsleiterinnen werden ersucht, im Bureau Karten abzuholen, die zum Eintritt in die Märchen-Vorstellung der Vereinigten Arbeiterjugend im Volkshaus berechtigen. Eintrittspreis für Kinder 10 Pfennig.

Groß-Dresden

Gruna. Seidnitz. Reick. Prohlis. Freitag, abends 7½ Uhr, Gruppenversammlung im Vereinssaal der Grünen Wiese. Tagesordnung: 1. Klassenkampf und Demokratie. (Referent: Genosse Menke.) 2. Verschiedenes. Es wird gebeten, die Mitglieder, welche augenblicklich keine Zeitung halten können, von der Versammlung zu benachrichtigen.

Bezirk Cotta. Mittwoch den 12. Dezember, abends 7½ Uhr, im Saale der Constantia Mitgliederversammlung. Bericht über den Landesparteitag und Wahlangelegenheiten.

Vereins- und Versammlungs-Kalender

Vereinigung zur Förderung der weltl. Schule. 7., 14., 30. Volksschule. Mittwoch den 12 Dezember, abends 7½ Uhr, im Jugendheim, Oppelstr. 12 Versammlung. Vortrag des Herrn Lehrers Otto: Die Förderung begabter Kinder Dresdner Volksschulen (Sprachklassen). Nachdem: Gesangs- und Mandolinen-Vorträge. Freunde und Gönner sind herzlichst willkommen.

Freidenker Löbtau. Heute Dienstag, 7 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im Jugendheim. Genosse Burgkhardt spricht über: Faust, 2. Teil. Gäste willkommen.

Freidenker Leubnitz, Strehlen, Mockritz. Mittwoch, 12. Dezember, abds. 7½ Uhr, im Dorotheenhof Jahreshauptversammlung. 1. Berichte. 2. Wichtige Vereinsangelegenheiten. 3. Neuwahlen. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.

Anzeigen für den Versammlungs- und Vereinskalender sind bis spätestens 9 Uhr vormittags bei der Anzeigenabteilung einzuliefern.

Gruppe 5. Friedrichstadt. Vorstandssitzung Mittwoch den 12. Dezember, abends 8 Uhr, in Vollacks Restaurant, Hohenthalplatz. Funktionäre mit besonderen Wünschen sind ebenfalls geladen. — Gruppenversammlung mit Bericht vom Parteitag Freitag den 14. Dezbr., abends 7½ Uhr, im Volkshaus, Saal I.

Zentrale der Jungsozialisten Groß-Dresden. Mittwoch, abends 6 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 6, Sitzung der Gruppenvertreter. Wichtige Organisationsfragen und die Arbeitsversammlung stehen auf der Tagesordnung. Das Erscheinen aller Gruppenvertreter ist notwendig.

6. Unterbezirk

Die Bezirksführer werden nochmals dringend ersucht, sofort die Mitgliederzahl anzugeben.

Colchitz. Hiermit seien unsre Genossen, Genossinnen und Zeitungsleser nochmals auf die morgen Mittwoch von 5½ bis 9 Uhr in der Schule stattfindende Ausstellung von Spielen aufmerksam gemacht. Der Besuch kann allen Eltern aufs wärmste empfohlen werden, zumal Genosse Stadtverordneter Jungnitsch die Spiele im einzelnen erläutern wird.

Sport • Spiel • Körperpflege

Genosse Alois Rohrauer †

Im 81. Lebensjahre verschied am 7. Dezember in Wien der Mitbegründer und Alterspräsident des Touristenvereins Die Naturfreunde. Mit dem Tode Rohrauers hat ein tatenreiches Leben für die Arbeiterinteressen und die Arbeiterwanderbewegung seinen Abschluß gefunden. Als 55jähriger trat er an die Spitze des Touristenvereins Die Naturfreunde, in dessen Zentralleitung er sich noch bis in die letzten Tage vor seinem Tode, also fast 28 Jahre lang, erfolgreich betätigte. Aus kleinsten Anfängen heraus sah er den Touristenverein Die Naturfreunde heranwachsen zum internationalen Weltverein, heute umfassend 1800 Ortsgruppen mit nahezu 200 000 Mitgliedern in Deutschland, Oesterreich, Schweiz, Tschecho-Slowakei, Amerika, Ungarn usw. Trauernd senken sich die Banner der Arbeiterschaft an der Gruft eines ihrer Besten, der sein Leben lang war ein Kämpfer für die sozialistischen Menschheitsideale, für Licht und Lebensfreude der arbeitenden Klassen aller Länder. Die Naturfreunde werden im Sinne Alois Rohrauers weiterwirken und ihm, dem Sohne des Volkes, dadurch ein dauerndes Denkmal setzen.

Touristenverein Die Naturfreunde. Ortsgruppe Dresden. 11. Dezember, Jugendabteilung: Vorlesungen. Genosse Liebe. 12. Dezember, Verwaltung und Führergruppe: Wichtige Jugendangelegenheiten. 7 Uhr, Volkshaus. Führersektion und Naturkundesektion: Vortrag: Dresdens Umgebung als Wandergebiet. Genosse Richter. 18. Dezember, Alt- und Friedrichstadt: Vortrag: Eine Wanderfahrt im Riesen- und Isergebirge. Genosse Weise. Neustadt: Ein Abend weihnachtlicher Stimmung. Genossin K. Peschel und Genosse H. Richter. — Plauen-Löbtau: Vortrag mit Lichtbildern: Der Sternhimmel. Dr. Wünsche. — Cotta und Umgegend: „Weihnachtliches". Genosse Lehrer Marx. — Striesen: Unterhaltungsabend. — Samariter-Abteilung: 11. Dezember Zusammenkunft, 7,30 Uhr, Volkshaus. — Plauenscher Grund: 18. Dezember: Das weihnachtliche Erzgebirge. Lehrer Metzer und Lehrerin Musch (Lieder zur Laute). Jugendabteilung: 11. Dezember: Etwas von Hermann Löns. Genosse Winkler. — Hainsberg: 11. Dezember: Liederabend. — Radeberg: 12. Dezember Generalversammlung.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Bezirk Dresden. Als dritte Veranstaltung, die vom Bezirk aus die volle Unterstützung verdient, kommt das Turn- und Sportfest der Freien Turnerschaft Dresden-S. am 29. Juni 1924 auf dem neuen Sportplatz in Dresden-Plauen in Frage. Die Bezirksvereine werden ersucht, diesen Tag im Jahresprogramm mit festzuhalten. — Turnerschaft Striesen. 14. Dezember, 6 Uhr, letzte Vereinslehrstunde in der 51. Volksschule, Silbermannstraße. Alle Vorturner müssen unbedingt anwesend sein. Nachdem Sitzung im Landsknecht.

Kinderbühnenschauturnen. Im Goldenen Lamm zeigte sich am Sonnabend die Kinderschar der Freien Turnerschaft Dresden-Kaditz. Man muß es sehr begrüßen, daß trotz aller Not Veranstaltungen getroffen werden. Ein vorzügliches Programm wurde geboten. Es machte Freude zuzuschauen. Alle, die großen wie die kleinen Kinder, führten ihre Uebungen ruhig und sicher, straff und exakt aus. Bei allen Aufführungen konnte man eine gute Vorbildung beobachten. Das Eingangsbild mit Prolog, Uebungen am liegenden Bock, Singspiele, Gesellschaftsübungen, Stab- und Keulenübungen, Freiübungen, Geräteturnen boten ein abwechselndes Bild. Alle Darbietungen übten gleiche Anziehungskraft aus. Besondere Leistungen und Uebungsfolgen konnte man bei den Doppelgeräthübungen (Bock, Stützreck) der Knaben und bei den Kreuzbarrenübungen der Mädchen wahrnehmen. Volkslieder mit charaktervollen Bewegungen fanden großen Beifall. Die letzte Aufführung der Mädchen (Herbstzauber) wurde recht natürlich gegeben. Einen schönen Abschluß bildeten die Massengruppen der Knaben. Erneut wurde bewiesen, daß der Kaditzer Verein eine gute bewährte Leitung hat. Er steht in vorderster Reihe der Arbeiterturnbewegung. — Sonnabend den 15. Dezember werden die Aufführungen wiederholt zum Besten der Kinderhilfe. Allen Genossen, besonders aber den Leitern und Leiterinnen von Kinderabteilungen, wird der Besuch bestens empfohlen. Br. Schola.

Fußballresultate. Neustadt 1 — Uebigau 1 8:1 (abgebrochen). Neustadt 4 — Ottendorf 2 6:2. Neustadt 1. Jug. — Süd 1. Jug. 16:0. Neustadt 2. Jug. — Cossebaude 1. Jug. 1:2. Neustadt 3. Jug. — Radebeul 2. Jug. 1:1.

Sportwetterbericht

(Mitgeteilt durch die Sportabteilung des Modehauses Renner.)

Kipsdorf: Schneefall, Barometer 725 steigend, West, +1, Schneehöhe 14, +1 Neuschnee, Ski gut, Rodel gut. Schellerhau: Schneefall, Barometer 712 steigend, —1, Schneehöhe 20, Ski gut, Rodel gut. Altenberg: Schneefall, starker Rauhreif, Nordwest, —8, Schneehöhe 15, Ski gut, Rodel gut. Geising: Schneefall, Barometer 695, —1, Schneehöhe 12, Ski gut, Rodel gut.

Wettervorhersage für den 12. Dezember

Keine wesentliche Aenderung des bestehenden Witterungscharakters.

Wetterlage: Während die Islandbepression stationär geblieben ist, erstreckt sich heute vom Biskaya bis Rußland in weiter Ausdehnung ein Hochdruckgebiet von mehr als 770 Millimeter. Die höchsten Werte haben Mittel- und Ostdeutschland aufzuweisen. Es herrscht allenthalben trübes, vielfach nebliges Wetter bei Temperaturen um 0 Grad. Eine wesentliche Aenderung des bestehenden Witterungscharakters dürfte zunächst kaum eintreten.

Verantwortlich für Politik und Sachsen: Max Sachs; für Gewerkschaftliches: Hans Finsterbusch; für Dresdner Chronik, Aus der Umgebung: Franz Holzapfel; für den Unterhaltungsteil: Paul Wockmann, sämtlich in Dresden; für Lokales aus Freital: Richard Bombach, Wilsdruff; für Inserate: Max Weichold, Dresden.
Druck und Verlag von Kaden & Comp. Dresden

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19231211/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG